



Karsten Nowrot

**Von Seevölkerrecht und  
Selbstverteidigung:  
Völkerrechtliche Aspekte  
militärischer Maßnahmen  
gegen die Huthi  
im Kontext des aktuellen  
Nahostkonflikts**

Rechtswissenschaftliche  
Beiträge der  
Hamburger Sozialökonomie

Heft 60

Karsten Nowrot

**Von Seevölkerrecht und  
Selbstverteidigung:  
Völkerrechtliche Aspekte  
militärischer Maßnahmen  
gegen die Huthi  
im Kontext des aktuellen  
Nahostkonflikts**

Rechtswissenschaftliche  
Beiträge der  
Hamburger Sozialökonomie

Heft 60

**Professor Dr. Karsten Nowrot, LL.M. (Indiana)**

Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht, Europarecht und Internationales Wirtschaftsrecht am Fachbereich Sozialökonomie der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg; Zweitmitglied der Fakultät für Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg; stellvertretender Leiter des Masterstudiengangs „European and European Legal Studies“ am Europa-Kolleg Hamburg.

**Impressum**

Kai-Oliver Knops, Marita Körner, Karsten Nowrot (Hrsg.)  
Rechtswissenschaftliche Beiträge der Hamburger Sozialökonomie

Karsten Nowrot  
Von Seevölkerrecht und Selbstverteidigung: Völkerrechtliche Aspekte militärischer Maßnahmen gegen die Huthi im Kontext des aktuellen Nahostkonflikts  
Heft 60, Februar 2024

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikations in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.  
ISSN 2366-0260 (print)  
ISSN 2365-4112 (online)

Reihengestaltung: Ina Kwon  
Produktion: UHH Druckerei, Hamburg  
Schutzgebühr: Euro 5,-

Die Hefte der Schriftenreihe „Rechtswissenschaftliche Beiträge der Hamburger Sozialökonomie“ finden sich zum Download auf der Website des Fachgebiets Rechtswissenschaft am Fachbereich Sozialökonomie unter der Adresse:

<https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sozoek/professuren/nowrot/fiwa/publikationsreihe.html>

Fachgebiet Rechtswissenschaft  
Fachbereich Sozialökonomie  
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
Universität Hamburg  
Von-Melle-Park 9  
20146 Hamburg

Tel.: 040 / 42838 - 3521

E-Mail: [Beate.Hartmann@uni-hamburg.de](mailto:Beate.Hartmann@uni-hamburg.de)

# Inhalt

<b>A.</b>	<b>Einführung</b> .....	5
<b>B.</b>	<b>Übergreifende Vorfrage: Völkerrechtlicher Status der Huthi und des von ihnen beherrschten Territoriums?</b> .....	6
<b>C.</b>	<b>Abschuss von gegen Israel gerichteten Raketen und Drohnen der Huthi durch Kriegsschiffe der USA und des Vereinigten Königreichs</b> .....	9
<b>D.</b>	<b>Schutz und Verteidigung von Handelsschiffen gegen Angriffe der Huthi</b> ..	13
<b>E.</b>	<b>Luftangriffe gegen das Huthi-Regime seit dem 11. Januar 2024</b> .....	18
<b>F.</b>	<b>Schluss</b> .....	24
	<b>Literaturverzeichnis</b> .....	25



## A. Einführung\*

Der aktuelle bewaffnete Konflikt im Nahen Osten und die in diesem Zusammenhang seit dem 7. Oktober 2023 begangenen Taten sowie entfalteten Aktivitäten werfen nicht zuletzt aus der Perspektive der internationalen Rechtsordnung wahrlich zahlreiche und sehr vielfältige Fragen auf. Einige dieser völkerrechtlichen Implikationen beschäftigen derzeit bekanntermaßen auch bereits den Internationalen Gerichtshof (IGH).<sup>1</sup> Überdies ist es natürlich wenig überraschend, dass die sich aus dem aktuellen Nahostkonflikt ergebenden völkerrechtlichen Fragestellungen und Herausforderungen seit Oktober 2023 auch in der Völkerrechtslehre und in der breiteren Öffentlichkeit sehr intensiv – und nicht selten sehr kontrovers – diskutiert werden.<sup>2</sup> Dies spiegelt sich nicht zuletzt auch in den bisherigen Veranstaltungen zu diesem Thema an der Universität Hamburg in den vergangenen Monaten wider.<sup>3</sup>

Gerade auch aus völkerrechtlicher Perspektive um eine weitere Facette gleichsam reicher geworden ist der aktuelle Nahostkonflikt dabei namentlich in den vergangenen Wochen durch die vor allem seit Ende November 2023 auch im vorliegenden Kontext in ihrer Intensität merklich zunehmenden Gewaltaktivitäten der Huthi und die in Reaktion hierauf insbesondere von den USA und dem Vereinigten Königreich ergriffenen militärischen Maßnahmen in der – sowie in der näheren Umgebung der – Meerenge Bab el-Mandab,<sup>4</sup> welche das Rote Meer mit dem Golf von Aden verbindet. Unternimmt man in diesem Zusammenhang den Versuch, die tatsächliche Komplexität der diesbezüglichen Ereignisse im Wege der Systematisierung etwas zu reduzieren,<sup>5</sup> so lassen sich im Wesentlichen drei relevante militärische Maßnahmen unterscheiden, die im Kontext des aktuellen Nahostkonflikts vor allem von den USA und dem Vereinigten Königreich im Hinblick auf die Gewaltaktivitäten der Huthi ergriffen worden sind. Zunächst geht es um den Abschuss von gegen Israel gerichteten Raketen und Drohnen der Huthi namentlich durch Kriegsschiffe der entsprechenden westlichen Staaten seit Mitte Oktober 2023. Weiterhin ist hier der Schutz und die Verteidigung von Handelsschiffen gegen Angriffe der Huthi in der Umgebung der Meerenge von Bab el-Mandab durch Kriegsschiffe

\* Der Beitrag beruht auf einem Vortrag, welchen der Verfasser im Rahmen der Veranstaltung „Ausgewählte völkerrechtliche Facetten des Konflikts im Nahen Osten“ an der Universität Hamburg am 18. Januar 2024 gehalten hat. Die Vortragsform wurde gelegentlich beibehalten.

- 1 IGH, *Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide in the Gaza Strip* (South Africa v. Israel), Request for the Indication of Provisional Measures, Order of 26 January 2024.
- 2 Vgl. statt sehr vieler beispielsweise *Dill*, EJIL: Talk! vom 13. Oktober 2023; *Salem*, Völkerrechtsblog vom 20. Oktober 2023; *Thielbürger*, beck-aktuell vom 27. Oktober 2023; *O’Connell*, EJIL: Talk! vom 28. Oktober 2023; *Ramsahye*, Völkerrechtsblog vom 2. November 2023; *Manea*, EJIL: Talk! vom 4. November 2023; *Cox*, EJIL: Talk! vom 10. November 2023; *de Hemptinne*, EJIL: Talk! vom 13. November 2023; *Milanovic*, EJIL: Talk! vom 14. November 2023; *Van Steenberghe*, EJIL: Talk! vom 16. November 2023; *Sharpe*, EJIL: Talk! vom 20. November 2023; *Tignino/Kebebew*, EJIL: Talk! vom 20. November 2023; *Oeter*, Verfassungsblog vom 4. Dezember 2023; *Al-Hababi*, EJIL: Talk! vom 6. Dezember 2023; *Qandeel*, EJIL: Talk! vom 13. Dezember 2023; *Pezzano*, EJIL: Talk! vom 4. Januar 2024; *Lempel*, EJIL: Talk! vom 8. Januar 2024; *Flasch*, EJIL: Talk! vom 10. Januar 2024; *Weller*, EJIL: Talk! vom 10. Januar 2024; *Walter*, Verfassungsblog vom 12. Januar 2024.
- 3 Exemplarisch seien hier die Podiumsdiskussion „Der Krieg im Nahen Osten: Gegenwartsdiagnosen aus Friedensforschung, Völkerrecht und Philosophie“ am 21. November 2023 sowie die Veranstaltung „Der aktuelle Nahostkonflikt – Völkerrechtliche Fragestellungen und Herausforderungen“ am 14. Dezember 2023 genannt.
- 4 Zur Meerenge Bab el-Mandab siehe statt vieler *Lapidoth*, Red Sea, Rn. 23 f., in: Peters (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- 5 Zu dieser Zwecksetzung von Systematisierungsansätzen *Luhmann*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 19 (1967), 615 (618 ff.); *ders.*, *Soziale Systeme*, 12, 50 und *passim*; vgl. überdies beispielsweise bereits *Bruner/Goodnow/Austin*, *A Study of Thinking*, 12 („A first achievement of categorizing has already been discussed. By categorizing as equivalent discriminable different events, the organism *reduces the complexity of its environment.*“) (Hervorhebung im Original).

von Drittstaaten seit Ende November 2023 zu nennen. Schließlich handelt es sich, drittens, um die militärischen Maßnahmen, welche die USA und das Vereinigte Königreich seit dem 11. Januar 2024 mit Hilfe von Kriegsschiffen und Kampfflugzeugen gegen die Huthi auf dem Territorium des Jemen selbst durchgeführt haben. Gemeinsam ist diesen vielfältigen aktuellen militärischen Maßnahmen gegen die Huthi, dass sie nicht zuletzt unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten eine nähere Betrachtung angezeigt erscheinen lassen. Ihre völkerrechtlichen Implikationen und Rahmenbedingungen sollen daher im Zentrum der nachfolgend angestellten Überlegungen stehen.

## **B. Übergreifende Vorfrage: Völkerrechtlicher Status der Huthi und des von ihnen beherrschten Territoriums?**

Bevor im Rahmen dieses Beitrags auf die völkerrechtlichen Aspekte der aktuellen militärischen Maßnahmen gegen die Huthi selbst eingegangen werden soll, erscheint es jedoch – gerade auch im Hinblick auf die Ermittlung der anwendbaren Regelungen der internationalen Rechtsordnung – angezeigt, im Sinne einer übergreifenden Vorfrage eine völkerrechtliche Einordnung der beteiligten Akteure und Territorien vorzunehmen. Diese gebotene Kategorisierung fällt dabei bezogen auf die meisten relevanten Wirkungseinheiten auch vergleichsweise leicht. Bei Akteuren wie den USA, dem Vereinigten Königreich, Israel, Saudi-Arabien und Frankreich handelt es sich zweifelsohne um souveräne Staaten. Gleiches gilt für die Republik Jemen als einem weiteren Mitglied der Vereinten Nationen, obgleich in diesem Land seit nunmehr bereits über zehn Jahren ein Bürgerkrieg herrscht, an dem bekanntermaßen immer wieder auch andere Staaten beteiligt waren und sind.<sup>6</sup>

Gerade im Kontext solcher Bürgerkriege kommt es gelegentlich zu Situationen, in denen gewisse Unsicherheiten hinsichtlich der Regierung des Staates herrschen. Dies ist namentlich dann der Fall, wenn mehrere miteinander politisch und militärisch konkurrierende Organisationen und Gruppierungen jeweils den Status als Regierung und damit die legitime Ausübung der Regierungsgewalt für sich beanspruchen. In diesem Zusammenhang ist vorliegend zu konstatieren, dass die jemenitische Bewegung und Organisation der Huthi bislang keine nennenswerte internationale Anerkennung als Regierung des Jemen erfahren hat.<sup>7</sup> Dies zeigt sich auch beispielsweise an dem Umstand, dass der UN-Sicherheitsrat in seinen einschlägigen Resolutionen lediglich von den Huthi als Gruppierung bzw. terroristische Vereinigung spricht und überdies in einigen dieser Resolutionen seine Unterstützung für den legitimen Präsidenten bzw. die legitime Regierung des Jemen zum Ausdruck bringt.<sup>8</sup> Vielmehr bildet seit April 2022 der Presidential Leadership Council unter der Führung von *Rashad Muhammad al-Alimi* die international anerkannte Spitze der Exekutive im Jemen.

Obleich die Huthi somit richtigerweise nicht als die Regierung des Jemen angesehen

6 Zu den Hintergründen und der Entwicklung des Konflikts im Jemen vgl. statt vieler *AIDailami*, Jemen – Der vergessene Krieg, 78 ff.; *Schwager*, Die militärische Intervention im Jemen, 12 ff.; *Tzimas*, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 78 (2018), 147 (172 ff.); *Transfeld*, SWP-Aktuell, Nr. 3, Januar 2022, 1 ff.; UN, Final Report of the Panel of Experts on Yemen established pursuant to Security Council Resolution 2140 (2014), UN Doc. S/2023/833 vom 2. November 2023, Rn. 1 ff., jeweils m.w.N.

7 Allgemein und eingehender zur Anerkennung von Regierungen aus völkerrechtlicher Perspektive siehe beispielsweise *Crawford*, Brownlie's Principles of Public International Law, 141 ff.; *Peters/Petrig*, Völkerrecht – Allgemeiner Teil, 48 ff.; *Shaw*, International Law, 385 ff.; *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/1, 185 ff.

8 Vgl. exemplarisch UN SC Res. 2216 (2015) vom 14. April 2015; UN SC Res. 2624 (2022) vom 28. Februar 2022, Rn. 1 („the Houthi terrorist group“); UN SC Res. 2722 (2024) vom 10. Januar 2024.

werden können, stellt sich gleichwohl die Frage ihres völkerrechtlichen Status bzw. der entsprechenden Qualifizierung des von ihnen aktuell beherrschten Territoriums. Hierbei ist, wie der letztgenannte Aspekt bereits indiziert, insbesondere auch zu berücksichtigen, dass die Huthi seit ca. zehn Jahren eine im Wesentlichen effektive Kontrolle über rund ein Drittel des Staatsgebietes des Jemen einschließlich der Hauptstadt Sanaa ausüben. Schon vor dem Hintergrund dieser über einen längeren Zeitraum gefestigten territorialen Basis erscheint es dabei einerseits nicht (mehr) sehr naheliegend, die Huthi aus völkerrechtlicher Perspektive als einen gleichsam „normalen“ privaten, transnational agierenden Gewaltakteur wie beispielsweise Al-Qaida zu qualifizieren.<sup>9</sup> Andererseits spricht bereits der Umstand, dass das von den Huthi beherrschte Territorium weder von den staatlichen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft als eigenständiger Staat anerkannt worden ist,<sup>10</sup> noch das Huthi-Regime bislang überhaupt den Willen zum Ausdruck gebracht hat, einen vom Jemen unabhängigen Staat anzustreben,<sup>11</sup> ersichtlich gegen die Annahme des Vorliegens von Staatsqualität im vorliegenden Zusammenhang.

Vielmehr ist es nach hier vertretener Auffassung angezeigt, dem von den Huthi effektiv kontrollierten Territorium, ebenso wie beispielsweise dem Gaza-Streifen unter der Herrschaft der Hamas, den völkerrechtlichen Status eines stabilisierten De facto-Regimes zuzuerkennen. Hierbei handelt es sich um territoriale Herrschaftsgebilde, deren Staatsqualität unter anderem mangels entsprechender Anerkennung durch einen substantiellen Teil der internationalen Staatengemeinschaft zumindest umstritten ist. Stabilisierte De facto-Regime entstehen regelmäßig – aber, wie nicht zuletzt das Beispiel des Huthi-Regimes verdeutlicht, nicht notwendigerweise – als Resultat nicht gänzlich erfolgreicher, nonkonsensualer Sezessionsbestrebungen, in deren Folge die Aufständischen über einen oftmals sehr langen Zeitraum hinweg die effektive Herrschaftsgewalt über einen Gebietsteil eines bestehenden Staatsverbandes ausüben, ohne dass dieser Zustand von dem betroffenen Staat und der Mehrheit der anderen Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft im Sinne der Bildung eines neuen Staates anerkannt wird.<sup>12</sup> Weitere aktuelle Beispiele bilden Abchasien, Somaliland, Taiwan, Transnistrien und die Türkische Republik Nordzypern.

Die Qualifizierung des Huthi-Regimes als stabilisiertes De facto-Regime hat nicht nur zur Folge, dass es sich um ein mit völkerrechtlicher Vertragsschlussfähigkeit ausgestattetes partielles Völkerrechtssubjekt handelt.<sup>13</sup> Aus diesem Status folgt unter anderem auch die Verpflichtung

9 So aber wohl beispielsweise noch UN SC Res. 2624 (2022) vom 28. Februar 2022, Rn. 1 („the Houthi terrorist group“); in diese Richtung jetzt auch unter anderem *Pedrozo*, *International Law Studies* 103 (2024), 49 (67 f.).

10 Zur Diskussion über die Relevanz einer internationalen Anerkennung für das Vorliegen von Staatsqualität vgl. statt vieler *Crawford*, *Brownlie’s Principles of Public International Law*, 134 ff.; *Talmon*, *British Yearbook of International Law* 75 (2004), 101 ff.; *Hobe*, Einführung in das Völkerrecht, 52 ff.; *Orakhelashvili*, *Akehurst’s Modern Introduction to International Law*, 97 ff.; *Grant*, *The Recognition of States*, 19 ff.; *Henriksen*, *International Law*, 61 ff.; *Hillgruber*, *European Journal of International Law* 9 (1998), 491 ff. In Bezug auf die insgesamt uneinheitlichen Staatenpraxis zu dieser Frage siehe exemplarisch *Jennings/Watts*, *Oppenheim’s International Law*, Bd. I, Introduction and Part 1, 129 (“state practice is inconclusive and may be rationalised either way”); *Shaw*, *International Law*, 380 (“Practice over the last century or so is not unambiguous, [...]”); und *Warbrick*, in: Evans (Hrsg.), *International Law*, 205 (249) (“it is conceded that the practice is not amenable completely to one explanation or the other, though each points to certain pragmatic conclusions which, ironically, may commend it to practitioners who otherwise resist grand theory”).

11 Zum Willen, ein Staat zu sein, als Kriterium für Staatlichkeit im Völkerrecht siehe unter anderem *Crawford*, *The Creation of States in International Law*, 156.

12 Allgemein zu stabilisierten De facto-Regimen aus völkerrechtlicher Perspektive vgl. statt vieler *Frowein*, *De Facto Regime*, Rn. 1 ff., in: Peters (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024); *Gornig*, *Völkerrecht*, § 20, Rn. 1 ff.; *Schweisfurth*, *Völkerrecht*, 33 f.; *Krieger*, *Das Effektivitätsprinzip im Völkerrecht*, 94 f.; *Krajewski*, *Völkerrecht*, § 7, Rn. 48 ff.; *Nowrot*, in: Tietje/Nowrot (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 2, Rn. 14 ff.; sowie grundlegend *Frowein*, *Das de facto-Regime im Völkerrecht*, 1 ff.

13 So generell bezogen auf stabilisierte De facto-Regime auch beispielsweise *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/3, 303 f.; *Krajewski*, *Völkerrecht*, § 7, Rn. 51; *Verdross/Simma*, *Universelles Völkerrecht*, §§ 405 f.; *Nowrot*, in: Tietje/Nowrot (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 2, Rn. 16; *von Arnould*, *Völkerrecht*, Rn. 69; *Kämmerer*,



tung zur Beachtung und zum Schutz der international anerkannten Menschenrechte<sup>14</sup> sowie die Bindung an das Deliktsregime der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit.<sup>15</sup> Schließlich – und dieser Gesichtspunkt sollte gerade im vorliegenden Kontext keineswegs ungenannt bleiben – sind stabilisierte De facto-Regime nach ganz überwiegender und richtiger Auffassung auch in der Weise in das Recht der internationalen Friedenssicherung integriert, dass sie – jedenfalls im Verhältnis zu Drittstaaten<sup>16</sup> – durch das in Art. 2 Ziff. 4 der Charta der Vereinten Nationen (UN-Charta)<sup>17</sup> völkervertragsrechtlich normierte sowie darüber hinaus, und in dieser Rechtsgestalt gerade auch für stabilisierte De facto-Regime relevante, Geltung als Völkergewohnheitsrecht beanspruchende völkerrechtliche Gewaltverbot<sup>18</sup> geschützt sind, aber durch dieses zentrale Grundprinzip der heutigen Völkerrechtsordnung auch selbst als Pflichtenadressat rechtlich gebunden werden.<sup>19</sup>

in: Proelß (Hrsg.), *Völkerrecht*, 1 (67); *Gornig*, *Völkerrecht*, § 20, Rn. 6; *Epping*, in: Ipsen (Hrsg.), *Völkerrecht*, § 11, Rn. 15; *Schweisfurth*, *Völkerrecht*, 34.

- 14 Hierzu exemplarisch *Schoiswohl*, *Status and (Human Rights) Obligations*, 214 ff.; *ders.*, *Austrian Review of International and European Law* 6 (2001), 45 ff.; *Lisenco/Nowrot/Shchukina*, *Human Rights in Times of Health Emergencies*, 20, jeweils m.w.N.
- 15 So auch unter anderem *Verdross/Simma*, *Universelles Völkerrecht*, § 406; *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/2, 304; *Balekjian*, *Die Effektivität*, 150 ff.; *Frowein*, *Das de facto-Regime im Völkerrecht*, 71 ff.; *Fischer*, in: Bröhmer u.a. (Hrsg.), *Festschrift Ress*, 77 (90); *Epping*, in: Ipsen (Hrsg.), *Völkerrecht*, § 11, Rn. 15; *Heuser*, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 49 (1989), 335 (339); *Schoiswohl*, *Austrian Review of International and European Law* 6 (2001), 45 (64 ff.); *ders.*, *Status and (Human Rights) Obligations*, 256 ff.; *Wolfrum/Philipp*, in: von Schorlemer (Hrsg.), *Praxishandbuch UNO*, 145 (155).
- 16 Siehe hierzu beispielsweise auch *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), *Völkerrecht*, § 55, Rn. 30.
- 17 Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945, abgedruckt in: *Documents of the United Nations Conference on International Organization*, Bd. 15, 1945, 336; BGBl. 1973 II, 431; mit nachfolgender Änderung, abgedruckt in: BGBl. 1974 II, 769.
- 18 Allgemein und eingehender zum Rechtscharakter und Regelungsgehalt des völkerrechtlichen Gewaltverbots siehe überdies beispielsweise IGH, *Case Concerning Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* (Nicaragua v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 1986, 14 (97 ff.); IGH, *Case Concerning Armed Activities on the Territory of the Congo* (Democratic Republic of Congo v. Uganda), ICJ-Reports 2005, 168 (223) („The prohibition against the use of force is a cornerstone of the United Nations Charter.“); *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/3, 816 ff.; *Bothe*, in: Proelß (Hrsg.), *Völkerrecht*, 893 (902 ff.); *Klabbers*, *International Law*, 203 ff.; *Wittich*, in: Reinisch (Hrsg.), *Österreichisches Handbuch des Völkerrechts*, Bd. I, 425 ff.; *Randelzhofer/Dörr*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), *Charter of the United Nations*, Bd. 1, Art. 2 (4), Rn. 14 ff., jeweils m.w.N.
- 19 Vgl. hierzu auch beispielsweise *Verdross/Simma*, *Universelles Völkerrecht*, § 406; *Frowein*, *Das de facto-Regime im Völkerrecht*, 69; *ders.*, *De Facto Regime*, Rn. 4 f., in: Peters (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024); *von Arnould*, *Völkerrecht*, Rn. 69, 1053, 1134; *Bothe*, in: Proelß (Hrsg.), *Völkerrecht*, 893 (912); *Randelzhofer/Dörr*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), *Charter of the United Nations*, Bd. 1, Art. 2 (4), Rn. 29; *Stein/von Buttlar/Kotzur*, *Völkerrecht*, § 29, Rn. 3; *Wolfrum/Philipp*, in: von Schorlemer (Hrsg.), *Praxishandbuch UNO*, 145 (155); *Neuhold*, *Internationale Konflikte*, 75 f.; *Schweisfurth*, *Völkerrecht*, 34; *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, 581 ff.; *Dörr*, *Use of Force, Prohibition of*, Rn. 21, in: Peters (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024); *Krajewski*, *Völkerrecht*, § 7, Rn. 51; *Fischer*, in: Bröhmer u.a. (Hrsg.), *Festschrift Ress*, 77 (90); *Gornig*, *Völkerrecht*, § 20, Rn. 6; skeptisch jedoch unter anderem *Hillgruber*, *Die Aufnahme neuer Staaten*, 754 ff.

### C. Abschuss von gegen Israel gerichteten Raketen und Drohnen der Huthi durch Kriegsschiffe der USA und des Vereinigten Königreichs

Die erste Kategorie militärischer Maßnahmen gegen die Huthi im aktuellen Nahostkonflikt, welche hier aus völkerrechtlicher Perspektive einer näheren Betrachtung unterzogen werden soll, bildet der Abschuss von gegen israelisches Territorium gerichteten Drohnen und Raketen der Huthi durch Kriegsschiffe namentlich der USA und des Vereinigten Königreichs. Offizielle Bestätigungen über entsprechende militärische Aktivitäten durch die USA lassen sich seit dem 19. Oktober 2023 nachweisen.<sup>20</sup>

Wenn ein Staat fremde Raketen oder Drohnen abschießt, die ohne Erlaubnis in sein Staatsgebiet eingedrungen sind, wie dies im vorliegenden Kontext seit Oktober 2023 wohl unter anderem durch Saudi-Arabien, Ägypten und Israel selbst erfolgt ist, so sind derartige Maßnahmen als eine Durchsetzung der staatlichen Gebietshoheit mit militärischen Mitteln anzusehen, welche nach zutreffender Auffassung grundsätzlich schon nicht vom Anwendungsbereich des völkervertragsrechtlichen bzw. völkergewohnheitsrechtlichen Gewaltverbot erfasst sind.<sup>21</sup> Anders stellt sich die Situation jedoch dar, wenn Kriegsschiffe anderer Staaten fremde Raketen oder Drohnen im internationalen Luftraum abschießen, wie vorliegend unter anderem durch die USA im Hinblick auf von den Huthi gegen Israel gerichtete Waffen geschehen.<sup>22</sup> Hierbei handelt es sich zweifelsohne um militärische Maßnahmen, die zumindest *prima facie* gegen Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta bzw. – im Hinblick auf das stabilisierte De facto-Regime der Huthi<sup>23</sup> – gegen das völkergewohnheitsrechtliche Gewaltverbot verstoßen. Im Lichte dieses Befundes stellt sich notwendigerweise die Frage nach einer völkerrechtlichen Rechtfertigung für diese militärische Gewaltanwendung.

In diesem Zusammenhang ist zunächst zu konstatieren, dass vorliegend dem System kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen mit dem UN-Sicherheitsrat als seinem institutionellen Zentrum aktuell keine praktische Relevanz zukommt. Zwar kann der UN-Sicherheitsrat, im Sinne einer Ausnahme vom völkerrechtlichen Gewaltverbot, nach vielfach vertretener und zutreffender Auffassung in Wahrnehmung seiner Kompetenzen gemäß Kapitel VII UN-Charta – nach Feststellung des Vorliegens einer Friedensbedrohung, eines Bruchs des Friedens bzw. einer Angriffshandlung gemäß Art. 39 UN-Charta – auf der Grundlage von Art. 42 S. 2 i.V.m. Art. 48 Abs. 1 UN-Charta einzelne oder auch alle Mitglieder der Vereinten Nationen zur Anwendung militärischer Gewalt autorisieren<sup>24</sup> und hat dies in den vergangenen Jahrzehnten

20 Siehe hierzu z.B. *Pedrozo*, *International Law Studies* 103 (2024), 49 (50 f.), m.w.N.

21 Vgl. allgemein hierzu auch beispielsweise von *Arnauld*, *Völkerrecht*, Rn. 1053; *Stein/von Buttlar/Kotzur*, *Völkerrecht*, § 44, Rn. 6; *Schindler*, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht* 26 (1986), 11 (15); *Corten*, *The Law Against War*, 63 ff.; *Hailbronner*, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht* 26 (1986), 49 (67 ff.).

22 Siehe exemplarisch *Pedrozo*, *International Law Studies* 103 (2024), 49 (50 f.) („On October 19, 2023, USS *Carney* (DDG 64) successfully intercepted three missiles and fifteen unmanned aerial vehicles (drones) in international airspace over a period of nine hours as the ship sailed north along the Red Sea. The projects were likely launched by Houthi rebels to attack targets in Israel. The missiles and drones were shot down by the U.S. guided-missile destroyer with SM-2 surface-to-air missiles. There is no evidence that the rebels were targeting the U.S. warship or any other U.S. asset in the area.”) (Hervorhebung im Original); *US Warship Shoots Down Missiles and Drones Over the Red Sea*, *The Maritime Executive*, 19 October 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://maritime-executive.com/article/us-warship-shoots-down-missiles-and-drones-over-the-red-sea>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).

23 Siehe zu dieser Qualifizierung bereits *supra* unter B.

24 Allgemein hierzu sowie zu den Hintergründen für diesen Autorisierungsansatz vgl. statt vieler *Sarooshi*, *The United Nations and the Development of Collective Security*, 142 ff.; *Chesterman*, *Just War or Just Peace?*, 163 ff.; *Krajewski*, *Völkerrecht*, § 9, Rn. 61 ff.; *Gray*, *International Law and the Use of Force*, 341 ff.; von *Arnauld*, *Völkerrecht*, Rn. 1066 ff.; *Henderson*, *The Use of Force*, 153 ff.; *Krisch*, in: *Simma/Khan/Nolte/Paulus* (Hrsg.), *Charter of the United Nations*, Bd. 2, Art. 42, Rn. 8 ff.; *Tietje/Nowrot*, in: *de Nève/Dobner/Göhlert/Wolf* (Hrsg.), *Terror, Krieg und die Folgen*, 185 (203 ff.); *Heintschel von Heinegg*, in: *Ipsen* (Hrsg.), *Völkerrecht*, § 57, Rn. 19 ff.; *Hernández*, *International Law*,

bekanntermaßen auch bereits verschiedentlich so praktiziert.<sup>25</sup> Allerdings sehen die bislang im Kontext des aktuellen Nahostkonflikts vom UN-Sicherheitsrat verabschiedeten drei Resolutionen – im Einzelnen handelt es sich um die Resolution 2712 (2023) vom 15. November 2023, die Resolution 2720 (2023) vom 22. Dezember 2023 sowie die Resolution 2722 (2024) vom 10. Januar 2024 – ersichtlich keine solche Ermächtigung zur Anwendung militärischer Gewalt zum Schutz der territorialen Integrität Israels im Allgemeinen oder gar zur Abwehr von entsprechenden Angriffen der Huthi im Besonderen vor.

Schon angesichts des Umstandes, dass die von den USA und weiteren Staaten ergriffenen militärischen Maßnahmen offensichtlich primär dem Schutz Israels dienen, verdient vorliegend jedoch das nach zutreffender Auffassung<sup>26</sup> ebenfalls als Rechtfertigungsgrund zu qualifizierende Recht auf kollektive Selbstverteidigung, welches sowohl in Art. 51 UN-Charta seine völkervertragsrechtliche Grundlage findet, als auch völkergewohnheitsrechtliche Geltung beanspruchen kann,<sup>27</sup> eine nähere Betrachtung. Dabei kommt zunächst dem Begriff des bewaffneten Angriffs als Voraussetzung für die Ausübung des Selbstverteidigungsrechts regelmäßig eine Schlüsselfunktion für die Feststellung einer nach Art. 51 UN-Charta gerechtfertigten Anwendung militärischer Gewalt zu.<sup>28</sup> In diesem Zusammenhang muss im vorliegenden Kontext allerdings nicht weiter auf die namentlich seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA sehr intensiv und kontrovers diskutierte Thematik – und hiermit zusammenhängenden völkerrechtlichen Fragestellungen – eingegangen werden, ob auch die entsprechenden Handlungen von nichtstaatlichen Gewaltakteuren wie privaten terroristischen Gruppierungen für sich genommen einen bewaffneten Angriff im Sinne des Art. 51 UN-Charta darstellen können bzw. unter welchen Voraussetzungen solche nichtstaatlichen Gewaltakte einem Staat zurechenbar sind oder in welchen Konstellationen die Aufenthaltsstaaten solcher privater Gewaltorganisationen gegen diese gerichtete militärische Maßnahmen durch Drittstaaten auf ihrem Territorium dulden müssen.<sup>29</sup> Aufgrund der sehr gut vertretbaren Qualifizierung

367 ff.; *Nowrot/Schabacker*, *American University International Law Review* 14 (1998), 321 (352 ff.); *Stein/von Buttlar/Kotzur*, *Völkerrecht*, § 54, Rn. 13 ff.; *Blokker*, *European Journal of International Law* 11 (2000), 541 ff.

- 25 Exemplarisch sei hier verwiesen auf UN SC Res. 678 (1990) vom 29. November 1990, Rn. 2 („Authorizes Member States co-operating with the Government of Kuwait, unless Iraq on or before 15 January 1991 fully implements, as set forth in paragraph 1 above, the above-mentioned resolutions, to use all necessary means to uphold and implement resolution 660 (1990) and all subsequent relevant resolutions and to restore international peace and security in the area; [...]“) (Hervorhebung im Original); UN SC Res. 794 (1992) vom 3. Dezember 1992, Rn. 16; UN SC Res. 940 (1994) vom 31. Juli 1994, Rn. 4; UN Sec Res. 1973 (2011) vom 17. März 2011, Rn. 4 und 8.
- 26 Vgl. hierzu auch beispielsweise *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), *Völkerrecht*, § 56, Rn. 2; *Tietje/Nowrot*, *Neue Zeitschrift für Wehrrecht* 44 (2002), 1 (5).
- 27 Zur Qualifizierung des Selbstverteidigungsrechts als Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts siehe bereits statt vieler IGH, *Case Concerning Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* (Nicaragua v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 1986, 14 (93 ff.); *Alexandrov*, *Self-Defense Against the Use of Force in International Law*, 93 ff.; *Randelzhofer/Nolte*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), *Charter of the United Nations*, Bd. 2, Art. 51, Rn. 9 ff.; *Dinstein*, *War, Aggression and Self-Defence*, 198 f.
- 28 Ebenso statt vieler *Randelzhofer/Nolte*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), *Charter of the United Nations*, Bd. 2, Art. 51, Rn. 16; *Tietje/Nowrot*, *Neue Zeitschrift für Wehrrecht* 44 (2002), 1 (5); *Wittich*, in: Reinisch (Hrsg.), *Österreichisches Handbuch des Völkerrechts*, Bd. I, 425 (444).
- 29 Exemplarisch hierzu aus der internationalen Rechtsprechung IGH, *Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory* (United Nations), ICJ-Reports 2004, 136 (194) („Article 51 of the Charter thus recognizes the existence of an inherent right of self-defence in the case of armed attack by one State against another State. However, Israel does not claim that the attacks against it are imputable to a foreign State. [...] Consequently, the Court concludes that Article 51 of the Charter has no relevance in this case.“); IGH, *Case Concerning Armed Activities on the Territory of the Congo* (Democratic Republic of Congo v. Uganda), ICJ-Reports 2005, 168 (223) („Accordingly, the Court has no need to respond to the contentions of the Parties as to whether and under what conditions contemporary international law provides for a right of self-defence against large-scale attacks by irregular forces.“); IGH, *Case Concerning Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* (Nicaragua v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 1986, 14 (103 f.). Die Beiträge aus dem Schrifttum zu dieser Thematik sind mittlerweile mehr als Legion. Beispielhaft sei hier verwiesen auf *Tietje/Nowrot*, *Neue Zeitschrift für Wehrrecht* 44 (2002), 1 (5 ff.); *König*, *Die Bekämpfung von Terroristen und Piraten*, 5 ff.; *von Arnould*, *Völkerrecht*, Rn. 1124 ff.; *Wandscher*,

des von den Huthi seit längerem effektiv kontrollierten Territoriums als ein stabilisiertes De facto-Regime und dem daraus folgenden internationalrechtlichen Status eines Schutz- und Verpflichtungsadressaten des völkergewohnheitsrechtlichen Gewaltverbots<sup>30</sup> ist zu konstatieren, dass das Huthi-Regime aus völkerrechtlicher Perspektive zweifelsohne grundsätzlich ein möglicher Urheber eines bewaffneten Angriffs im Sinne des Art. 51 UN-Charta sein kann, da die Stellung von stabilisierten De facto-Regimen sich auch insoweit als zumindest staatsähnlich darstellt, als entsprechende bewaffnete Angriffe unstrittig auch von Vertretern dieser internationalen Akteurskategorie ausgehen können.

Überdies scheinen auch die übrigen Voraussetzungen einer völkerrechtlich legitimen Ausübung des Selbstverteidigungsrechts im Hinblick auf diese erste Kategorie militärischer Maßnahmen gegen die Huthi im aktuellen Nahostkonflikt gegeben zu sein. Der Beschuss Israels mit Raketen und der intendierte Angriff mit Drohnen durch die Huthi weist wohl unstrittig die hinreichende Intensität auf, um die diesbezüglichen Anforderungen an einen bewaffneten Angriff im Sinne des Art. 51 UN-Charta zu erfüllen.<sup>31</sup> Diese Angriffe hatten überdies im Zeitpunkt des Abschusses der Raketen und Drohnen durch Kriegsschiffe der USA und weiterer Staaten auch zweifelsohne schon begonnen und stellten sich damit als vom zeitlichen Anwendungsbereich des Selbstverteidigungsrechts erfasst dar.<sup>32</sup> Weiterhin ist davon auszugehen, dass es sich bei dieser Ausübung des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung zugunsten Israels aus der Perspektive dieses Staates keineswegs um eine unerwünschte und damit gleichsam aufgedrängte militärische Hilfeleistung gehandelt hat.<sup>33</sup> Schließlich sind vorliegend auch die völkerrechtlichen Anforderungen an die Selbstverteidigungshandlungen erfüllt. Die von den USA und weiteren Staaten ergriffenen militärischen Maßnahmen sind, ohne dass dies näher

Internationaler Terrorismus und Selbstverteidigungsrecht, 127 ff., 179 ff.; *Delbrück*, Die Friedens-Warte 74 (1999), 139 (156); *ders.*, German Yearbook of International Law 44 (2001), 9 (15 f.); *Franck*, American Journal of International Law 95 (2001), 839 ff.; *Ruffert*, Zeitschrift für Rechtspolitik 35 (2002), 247 ff.; *Cassese*, European Journal of International Law 12 (2001), 993 ff.; *Tams*, European Journal of International Law 20 (2009), 359 (367 ff.); *Krajewski*, Archiv des Völkerrechts 40 (2002), 183 (187 ff.); *Starski*, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 75 (2015), 455 ff.; *Tomuschat*, EuGRZ 28 (2001), 535 ff.; *Frowein*, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 62 (2002), 879 ff.; *Lorenz*, Extraterritoriale Selbstverteidigung, 156 ff.; *Ruys*, 'Armed Attack' and Article 51 of the UN Charter, 419 ff.; *Finke*, Archiv des Völkerrechts 55 (2017), 1 ff.; *Blokker/Dam-de Jong*, in: Rose u.a., Public International Law, 208 (226 f.); *Randelzhofer/Nolte*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), Charter of the United Nations, Bd. 2, Art. 51, Rn. 31 ff.; *Epiney*, Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit, 261 f.; *Bianchi*, German Yearbook of International Law 47 (2004), 343 (374 ff.); *Wolf*, Die Haftung der Staaten, 455 f.; *Stahn*, in: Walter u.a. (Hrsg.), Terrorism as a Challenge, 827 (848 ff.); *Kreß*, Gewaltverbot und Selbstverteidigungsrecht, 152 f.; *Bruha/Tams*, in: Dicke u.a. (Hrsg.), Liber amicorum Jost Delbrück, 85 (87 ff.); *Bruha/Bortfeld*, Vereinte Nationen 49 (2001), 161 ff.; *Hernández*, International Law, 355 ff.; *Bajrami*, Selbstverteidigung gegen nichtstaatliche Akteure, 13 ff.; *Dau*, Die völkerrechtliche Zulässigkeit von Selbstverteidigung gegen nicht-staatliche Akteure, 55 ff., jeweils m.w.N.

30 Vgl. zu diesen Aspekten bereits *supra* unter B.

31 Allgemein und eingehender zu dieser Anforderung an die Angriffshandlung siehe beispielsweise *Ruys*, 'Armed Attack' and Article 51 of the UN Charter, 126 ff.; *Randelzhofer/Nolte*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), Charter of the United Nations, Bd. 2, Art. 51, Rn. 16 ff.; *Gazzini*, The Changing Rules on the Use of Force, 133 ff.; *von Arnould*, Völkerrecht, Rn. 1092 ff.; *Brownlie*, International Law and the Use of Force by States, 365 ff.; *Genoni*, Die Notwehr im Völkerrecht, 134 ff.; *Stein/von Buttlar/Kotzur*, Völkerrecht, § 45, Rn. 1 ff.; *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 56, Rn. 6 ff.; *Dinstein*, War, Aggression and Self-Defence, 205 ff., jeweils m.w.N.

32 Allgemein zum Anwendungsbereich des völkerrechtlichen Selbstverteidigungsrechts *ratione temporis* vgl. statt vieler *Randelzhofer/Nolte*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), Charter of the United Nations, Bd. 2, Art. 51, Rn. 49 ff.; *Wittich*, in: Reinisch (Hrsg.), Österreichisches Handbuch des Völkerrechts, Bd. I, 425 (448 f.); *Greenwood*, Self-Defence, Rn. 41 ff., in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024); *Franck*, Recourse to Force, 97 ff.

33 Zur Unzulässigkeit einer aufgedrängten kollektiven Selbstverteidigung vgl. schon IGH, *Case Concerning Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* (Nicaragua v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 1986, 14 (104 ff.); IGH, *Case Concerning Oil Platforms* (Iran v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 2003, 161 (186); *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 56, Rn. 29; *Greenwood*, Self-Defence, Rn. 38, in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024); *Randelzhofer/Nolte*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), Charter of the United Nations, Bd. 2, Art. 51, Rn. 48; *Verdross/Simma*, Universelles Völkerrecht, § 474.

ausgeführt werden müsste, zum Schutz Israels als erforderlich und im Übrigen auch als verhältnismäßig anzusehen.<sup>34</sup>

Die – abgesehen von dem formellen Erfordernis einer umgehenden Notifizierung des UN-Sicherheitsrates über die ergriffenen Selbstverteidigungsmaßnahmen gemäß Art. 51 S. 2 UN-Charta<sup>35</sup> – einzige Voraussetzung einer völkerrechtsgemäßen Ausübung des Selbstverteidigungsrecht, deren Vorliegen im aktuellen Kontext möglicherweise von einigen Leserinnen und Lesern in Zweifel gezogen wird, betrifft die erforderliche Rechtswidrigkeit des bewaffneten Angriffs der Huthi. Bekanntermaßen gibt es keine völkerrechtlich zulässige Selbstverteidigung – weder in Gestalt einer individuellen noch kollektiven Selbstverteidigung – gegen eine selbst völkerrechtlich legitimierte militärische Gewaltanwendung.<sup>36</sup> Würde man also annehmen, dass das aktuelle militärische Vorgehen Israels namentlich im Gaza-Streifen als eine völkerrechtswidrige Gewaltanwendung zu qualifizieren ist, weil beispielsweise die von der Hamas entfaltenen Gewaltaktivitäten in Ausübung eines internationalrechtlich anerkannten Widerstandsrechts des palästinensischen Volkes gegen Fremdherrschaft erfolgt sind<sup>37</sup> oder weil die Selbstverteidigungshandlungen Israels nicht den Anforderungen der Verhältnismäßigkeit genügen, so könnten sich die militärischen Maßnahmen der Huthi gegen Israel selbst als Ausübung kollektiver Selbstverteidigung zugunsten des stabilisierten De facto-Regimes der Hamas im Gaza-Streifen bzw. eines Staates Palästina und damit gegebenenfalls als eine völkerrechtlich legitimierte Gewaltanwendung darstellen, gegen die Selbstverteidigungsmaßnahmen von Drittstaaten wie den USA zugunsten Israels völkerrechtswidrig wären.

Bei diesen letztgenannten Fragestellungen handelt es sich gerade auch aus völkerrechtlicher Perspektive – um es mit dem Vater von *Effi Briest* zu sagen<sup>38</sup> – wahrlich um ein weites

34 Allgemein zu diesen Anforderungen an legitime Selbstverteidigungshandlungen siehe beispielsweise IGH, *Case Concerning Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* (Nicaragua v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 1986, 14 (94 und 103); IGH, *Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons* (United Nations), ICJ-Reports 1996, 226 (245); IGH, *Case Concerning Oil Platforms* (Iran v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 2003, 161 (187 und 196 ff.); IGH, *Case Concerning Armed Activities on the Territory of the Congo* (Democratic Republic of Congo v. Uganda), ICJ-Reports 2005, 168 (223); *O'Meara*, Necessity and Proportionality and the Right of Self-Defence in International Law, 25 ff.; *Kenny*, in: Wolfrum/Philipp (Hrsg.), *United Nations*, Bd. 2, 1162 (1168); *Randelzhofer/Nolte*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), *Charter of the United Nations*, Bd. 2, Art. 51, Rn. 57 ff.; *Tietje/Nowrot*, *Neue Zeitschrift für Wehrrecht* 44 (2002), 1 (15); *Nowrot/Schabacker*, *American University International Law Review* 14 (1998), 321 (367 f.).

35 Ein Unterlassen dieser gemäß Art. 51 S. 2 UN-Charta vorgesehenen Notifizierung des UN-Sicherheitsrates stellt nach verschiedentlich vertretener und zutreffender Auffassung zwar eine Verletzung der Verpflichtungen des entsprechenden Staates aus der UN-Charta dar, hat jedoch im Übrigen nicht die Rechtswidrigkeit und damit Verwirkung der Ausübung des Selbstverteidigungsrechts an sich zur Folge. Siehe hierzu unter anderem *Krajewski*, *Völkerrecht*, § 9, Rn. 95; *Dinstein*, *War, Aggression and Self-Defence*, 259 f.; *Hernández*, *International Law*, 352; *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), *Völkerrecht*, § 56, Rn. 39; *Greenwood*, *Self-Defence*, Rn. 31, in: Peters (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024); *Gornig*, *Völkerrecht*, § 45, Rn. 36; *Green*, *Virginia Journal of International Law* 55 (2015), 563 (592 ff.), m.w.N. Vgl. überdies IGH, *Case Concerning Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* (Nicaragua v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 1986, 14 (105).

36 Vgl. auch statt vieler von *Arnauld*, *Völkerrecht*, Rn. 1097; *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), *Völkerrecht*, § 56, Rn. 29 („Ist die Anwendung militärischer Gewalt gegen Staat A gerechtfertigt, besteht kein Recht zur individuellen und erst Recht kein Recht zur kollektiven Selbstverteidigung durch Staat B.“).

37 Vgl. in diesem Zusammenhang beispielsweise UN GA Res. 3314 (XXIX), *Definition der Aggression*, UN Doc. A/RES/3314 (XXIX) vom 14. Dezember 1974, Anlage, Art. 7 („Diese Definition, insbesondere ihr Artikel 3, kann in keiner Weise das sich aus der Charta herleitende Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit von Völkern beeinträchtigen, die dieses Rechts gewaltsam beraubt wurden und auf die in der Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen Bezug genommen wird, insbesondere nicht von Völkern unter kolonialen oder rassistischen Regimen oder anderen Formen der Fremdherrschaft; noch das Recht dieser Völker, im Einklang mit den Grundsätzen der Charta und in Übereinstimmung mit der genannten Erklärung für dieses Ziel zu kämpfen und Unterstützung zu suchen und zu erhalten.“).

38 *Fontane*, *Effi Briest*, 38, 133, 134 und *passim*.

Feld. Der Verfasser dieses Beitrags möchte es aber an dieser Stelle – ohne dass hier eine nähere Erläuterung erfolgen soll<sup>39</sup> – bei der Aussage belassen, dass er die angeführten Annahmen nicht für zutreffend hält. Der Abschuss von gegen israelisches Territorium gerichteten Drohnen und Raketen der Huthi durch Kriegsschiffe namentlich der USA und des Vereinigten Königreichs ist somit nach hier vertretener Auffassung als Ausübung des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung gemäß Art. 51 UN-Charta bzw. entsprechendem Völkergewohnheitsrecht gerechtfertigt und steht damit im Einklang mit den normativen Vorgaben der internationalen Rechtsordnung.

## D. Schutz und Verteidigung von Handelsschiffen gegen Angriffe der Huthi

Bei dem zweiten Typus militärischer Maßnahmen gegen die Huthi im Kontext des aktuellen Nahostkonflikts, dessen völkerrechtliche Rahmenbedingungen und Implikationen vorliegend von Interesse sind, handelt es sich um den Schutz und die Verteidigung von Handelsschiffen in der Meerenge von Bab el-Mandab durch Kriegsschiffe der USA, des Vereinigten Königreichs sowie weiterer Drittstaaten seit Ende November 2023.

Die wohl erste und gleichzeitig bislang gleichsam spektakulärste Gewaltaktivität der Huthi in diesem Zusammenhang betraf das Entern des Autotransporters *Galaxy Leader* mit Hilfe eines Hubschraubers in der Meerenge von Bab el-Mandab am 19. November 2023. Das Schiff wurde von den Huthi übernommen und in den Hafen von al-Hudaida, einer von den Huthi kontrollierten Stadt, gebracht, wo es seitdem festgehalten wird. Gleiches gilt für die Besetzung des Schiffes. Nachfolgend haben die Huthi zahlreiche Handelsschiffe sowie einige Kriegsschiffe der USA, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in diesem Seegebiet unter anderem mit Anti-Schiffsraketen, Drohnen und Patrouillenbooten angegriffen. Die daraufhin unter anderem von den USA, Frankreich und dem Vereinigten Königreich ergriffenen militärischen Maßnahmen betrafen das Entsenden von (weiteren) Kriegsschiffen in die Seegebiete um die Meerenge von Bab el-Mandab sowie den Abschuss von gegen Handels- und Kriegsschiffe gerichteten Raketen und Drohnen der Huthi. Überdies wurden im Rahmen der Abwehr eines Angriffs auf das Containerschiff *Maersk Hangzhou* am 31. Dezember 2023 drei Patrouillenboote der Huthi durch von US-Kriegsschiffen gestartete Militärhubschrauber versenkt.<sup>40</sup>

Aus der Perspektive des Seevölkerrechts ist Bab el-Mandab eine internationale Meerenge – also ein natürliches Seegebiet geringer Breite, welches der internationalen Schifffahrt dient<sup>41</sup> – die die Voraussetzungen des Art. 37 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982<sup>42</sup> (SRÜ) erfüllt<sup>43</sup> und auf die vor diesem Hintergrund das

39 Diese Fragestellungen waren unter anderem Gegenstand eingehenderer und kontroverser Diskussionen im Rahmen der Podiumsdiskussion „Der Krieg im Nahen Osten: Gegenwartsdiagnosen aus Friedensforschung, Völkerrecht und Philosophie“ an der Universität Hamburg am 21. November 2023 sowie der Veranstaltung „Der aktuelle Nahostkonflikt – Völkerrechtliche Fragestellungen und Herausforderungen“ an der Universität Hamburg am 14. Dezember 2023.

40 Vgl. zu diesen Vorfällen und militärischen Maßnahmen beispielsweise *Kraska*, *Lawfare* vom 2. Januar 2024; *Pedrozo*, *International Law Studies* 103 (2024), 49 (51 ff.), m.w.N.

41 Vgl. zu diesem Verständnis internationaler Meerengen auch z.B. *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), *Völkerrecht*, § 41, Rn. 2; *Lapidoth*, *Straits, International*, Rn. 1, in: Peters (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024); *López Martín*, *International Straits*, 41 ff.; *Churchill/Lowe/Sander*, *The Law of the Sea*, 167; siehe auch bereits IGH, *Corfu Channel Case* (UK v. Albania), ICJ-Reports 1949, 4 (28).

42 Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982, abgedruckt in: BGBl. 1994 II, 1799.

43 So auch bezogen auf Bab el-Mandab unter anderem bereits *Lapidoth*, *Red Sea*, Rn. 24, in: Peters (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024). Allgemein und eingehender zu den Voraussetzungen des Art. 37 SRÜ vgl. z.B. *Jia*, in: Proelss (Hrsg.),

Rechtsregime der Art. 38 ff. SRÜ Anwendung findet.<sup>44</sup> Diese völkerrechtlichen Regelungen für internationale Meerengen im Sinne des Art. 37 SRÜ sind aus der Perspektive der Freiheit der Schifffahrt betrachtet gleichsam zwischen den auf Küstenmeere anwendbaren Vorschriften der Art. 17 ff. SRÜ sowie dem Regelungsregime für die Hohe See gemäß der Art. 86 ff. SRÜ liegend zu verorten. Einerseits gewährt das Völkerrechtsregime der Art. 38 ff. SRÜ für die Flaggenstaaten von Schiffen erheblich weitergehende Rechte und Freiheiten als das Konzept der friedlichen Durchfahrt durch das Küstenmeer gemäß der Art. 17 ff. SRÜ.<sup>45</sup> Andererseits sehen die Vorschriften für internationale Meerengen im Sinne des Art. 37 SRÜ aber weitergehende Einschränkungen als im Falle der Schifffahrt auf der Hohen See gemäß der Art. 86 ff. SRÜ vor.<sup>46</sup>

Den Kern dieses Sonderrechtsregimes für internationale Meerengen wie Bab el-Mandab bildet dabei das Recht auf Transitdurchfahrt gemäß Art. 38 Abs. 1 SRÜ für alle Schiffe sowie Luftfahrzeuge. Dies gilt nicht nur für Handelsschiffe, sondern nach wohl ganz überwiegender und zutreffender Auffassung auch für Kriegsschiffe jeglicher Art.<sup>47</sup> Unter Transitdurchfahrt wird in diesem Zusammenhang auf der Basis der Legaldefinition des Art. 38 Abs. 2 SRÜ „die in Übereinstimmung mit diesem Teil [des SRÜ] erfolgende Ausübung der Freiheit der Schifffahrt und des Überflugs lediglich zum Zweck des ununterbrochenen und zügigen Transits durch die Meerenge“ verstanden.<sup>48</sup> Mit diesem Recht auf Transitdurchfahrt korrespondiert die in Art. 38 Abs. 1, Art. 42 Abs. 2 und Art. 44 SRÜ normierte Verpflichtung der Anliegerstaaten einer internationalen Meerenge, die Transitdurchfahrt für Handels- und Kriegsschiffe nicht zu behindern, nicht auszusetzen, nicht zu verweigern oder in sonstiger Weise zu beeinträchtigen.<sup>49</sup>

Diese völkervertragsrechtlichen Regelungen für internationale Meerengen im Sinne des

Convention on the Law of the Sea – A Commentary, Article 37, Rn. 6 ff.; *Caminos/Cogliati-Bantz*, The Legal Regime of Straits, 41 ff.; *Tanaka*, The International Law of the Sea, 124 ff.; *Graf Vitzthum*, in: ders. (Hrsg.), Handbuch des Seerechts, Kapitel 2, Rn. 164 ff.; *Burke/DeLeo*, Yale Journal of World Public Order 9 (1983), 389 (402); *Schachte/Bernhardt*, Virginia Journal of International Law 33 (1993), 527 (538 ff.).

- 44 Allgemein zu dem auf internationale Meerengen im Sinne des Art. 37 SRÜ anwendbaren Rechtsregime siehe beispielsweise *Jia*, The Regime of Straits, 129 ff.; *López Martín*, International Straits, 109 ff.; *Tanaka*, The International Law of the Sea, 131 ff.; *Proelß*, in: ders. (Hrsg.), Völkerrecht, 553 (597 f.); *Churchill/Lowe/Sander*, The Law of the Sea, 171 ff.; *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 41, Rn. 9 ff. Zur historischen Entwicklung dieses völkerrechtlichen Regimes vgl. überdies *López Martín*, International Straits, 1 ff.; *Graf Vitzthum*, in: ders. (Hrsg.), Handbuch des Seerechts, Kapitel 2, Rn. 158 ff., m.w.N.
- 45 Zu dieser Wahrnehmung auch bereits statt vieler *Crawford*, Brownlie’s Principles of Public International Law, 303; *Orakhelashvili*, Akehurst’s Modern Introduction to International Law, 169 f.; *Mahmoudi/Ratcovich Leopardi*, Transit Passage, Rn. 20 ff., in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024); *Birkner*, Die Durchfahrtsrechte von Handels- und Kriegsschiffen, 129 ff.; *Graf Vitzthum*, in: ders. (Hrsg.), Handbuch des Seerechts, Kapitel 2, Rn. 169.
- 46 *Mahmoudi/Ratcovich Leopardi*, Transit Passage, Rn. 4, in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- 47 So bereits statt vieler *Heintschel von Heinegg*, in: Graf Vitzthum (Hrsg.), Handbuch des Seerechts, Kapitel 7, Rn. 51; *ders.*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 41, Rn. 10; *Proelß*, in: ders. (Hrsg.), Völkerrecht, 553 (597); *Gornig*, Völkerrecht, § 87, Rn. 15; *Graf Vitzthum*, in: ders. (Hrsg.), Handbuch des Seerechts, Kapitel 2, Rn. 171. Zur Definition und dem völkerrechtlichen Status von Kriegsschiffen vgl. unter anderem die Art. 29 ff. SRÜ sowie beispielsweise *Heintschel von Heinegg*, Warships, Rn. 1 ff., in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024); *Barnes*, in: Proelss (Hrsg.), Convention on the Law of the Sea – A Commentary, Article 29, Rn. 1 ff.
- 48 Eingehender zum Recht auf Transitdurchfahrt gemäß Art. 38 SRÜ vgl. unter anderem *Jia*, in: Proelss (Hrsg.), Convention on the Law of the Sea – A Commentary, Article 38, Rn. 1 ff.; *Mahmoudi/Ratcovich Leopardi*, Transit Passage, Rn. 13 ff., in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- 49 Zu den Rechten und Pflichten der Anliegerstaaten auf der Grundlage der Art. 38 ff. SRÜ siehe eingehender *Graf Vitzthum*, in: ders. (Hrsg.), Handbuch des Seerechts, Kapitel 2, Rn. 171 ff.; *Jia*, in: Proelss (Hrsg.), Convention on the Law of the Sea – A Commentary, Article 44, Rn. 1 ff.; *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 41, Rn. 13 f.

Art. 37 SRÜ sind für die Republik Jemen als Vertragspartei der SRÜ<sup>50</sup> unmittelbar verbindlich. Fraglich – und im vorliegenden Zusammenhang ersichtlich auch relevant – ist aber, ob dieser Befund auch auf das stabilisierte De facto-Regime der Huthi<sup>51</sup> Anwendung findet. Zugunsten einer solchen Annahme könnte hier der Rechtsgedanke über die prinzipielle Fortgeltung von völkerrechtlichen Verträgen, die einen territorialen Bezug aufweisen und auch als radizierte Verträge bezeichnet werden,<sup>52</sup> wie er in Art. 12 der Wiener Konvention über Staatennachfolge in Verträge vom 23. August 1978 kodifiziert ist<sup>53</sup> und überdies als Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts Geltung beansprucht,<sup>54</sup> angeführt werden. Selbst wenn nicht alle Leserinnen und Leser dieser Argumentation zu folgen bereit seien sollten, so hat das Recht auf Transitdurchfahrt in Bezug auf internationale Meerengen nach richtigerweise zunehmend vertretener Auffassung mittlerweile auch den Status von Völkergewohnheitsrecht erlangt<sup>55</sup> und ist zumindest in dieser normativen Gestalt auch auf stabilisierte De facto-Regime wie das Regime der Huthi anwendbar. Vor diesem Hintergrund stellen die aktuellen Angriffe der Huthi auf Handelsschiffe in der Meerenge Bab el-Mandab also zweifelsohne eine nach Art. 38 Abs. 1 und Art. 44 SRÜ bzw. nach Völkergewohnheitsrecht unzulässige Behinderung des Rechts auf Transitdurchfahrt dar.

Diese Behinderung des Rechts auf Transitdurchfahrt durch das Huthi-Regime gibt anderen Staaten jedoch – zumindest für sich genommen – prinzipiell nicht das Recht, auf diesen Verstoß gegen das Völkerrecht mit weiterreichenden militärischen Maßnahmen gegen die Huthi zu antworten.<sup>56</sup> Insofern sind die Staaten auf das Gebot und die Mittel der friedlichen Streitbeilegung gemäß Art. 2 Ziff. 3 sowie Art. 33 Abs. 1 UN-Charta verwiesen,<sup>57</sup> welche gleichsam

50 Für eine Übersicht der Vertragsparteien des SRÜ vgl. die Informationen im Internet unter: <[https://treaties.un.org/pages/ViewDetailsIII.aspx?src=TREATY&mtdsg\\_no=XXI-6&chapter=21&Temp=mtdsg3&clang=\\_en](https://treaties.un.org/pages/ViewDetailsIII.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=XXI-6&chapter=21&Temp=mtdsg3&clang=_en)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).

51 Siehe zu dieser Qualifizierung bereits *supra* unter B.

52 Eingehender zu radizierten Verträgen im Recht der Staatennachfolge *Zimmermann*, Staatennachfolge in völkerrechtliche Verträge, 451 ff., m.w.N.

53 Vienna Convention on Succession of States in Respect of Treaties of 23 August 1978, erhältlich im Internet unter: <[https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=IND&mtdsg\\_no=XXIII-2&chapter=23&clang=\\_en](https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=IND&mtdsg_no=XXIII-2&chapter=23&clang=_en)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).

54 So z.B. IGH, *Case Concerning the Gabcikovo-Nagymaros Project*, (Ungarn v. Slowakei), ICJ-Reports 1997, 7 (71 f.); *Krajewski*, Völkerrecht, § 7, Rn. 77; *Zimmermann/Devaney*, State Succession in Treaties, Rn. 17, in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).

55 So unter anderem auch bereits *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 41, Rn. 4; *Lapidoth*, Straits, International, Rn. 16, in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024); Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Rechtliche Spielräume für ein militärisches Engagement zum Schutze von Handelsschiffen und Schifffahrtswegen in der Straße von Hormuz, WD 2 – 3000 – 088/19, August 2019, 11 f.; *Mahmoudi/Ratcovich Leopardi*, Transit Passage, Rn. 37, in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024); weiterhin skeptisch demgegenüber z.B. *Orakhelashvili*, Akehurst's Modern Introduction to International Law, 170; *Tanaka*, The International Law of the Sea, 134; *Graf Vitzthum*, in: ders. (Hrsg.), Handbuch des Seerechts, Kapitel 2, Rn. 179; *Jia*, in: Proelss (Hrsg.), Convention on the Law of the Sea – A Commentary, Article 38, Rn. 3; vgl. auch *Lott/Kawagishi*, Ocean Development & International Law 53 (2022), 123 (132) („It is not clear if the right of transit passage forms part of customary international law.“); sowie *Shaw*, International Law, 494 („It is unclear whether the right of transit passage has passed into customary law. Practice is as yet ambiguous.“), jeweils m.w.N.

56 Vgl. in aller Deutlichkeit auch beispielsweise *Stein*, in: Ipsen/Schmidt-Jortzig (Hrsg.), Festschrift Rauschnig, 487 (490) („Das heißt nicht, daß die Kriegsmarine der Handelsmarine ohne weiteres den Weg freischießen darf [...]“); ebenso unter anderem Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Rechtliche Spielräume für ein militärisches Engagement zum Schutze von Handelsschiffen und Schifffahrtswegen in der Straße von Hormuz, WD 2 – 3000 – 088/19, August 2019, 16 ff.

57 Ausführlicher zu den einzelnen Mitteln friedlicher Streitbeilegung im Völkerrecht vgl. u.a. *Merrills/de Brabandere*, Merrills' International Dispute Settlement, 38 ff.; *Tanaka*, The Peaceful Settlement of International Disputes, 29 ff.; *Epping*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 59, Rn. 6 ff.; *Shaw*, International Law, 882 ff.; *Collier/Lowe*, The Settlement of Disputes in International Law, 20 ff.; im Hinblick auf die Verpflichtung zur friedlichen Streitbeilegung als einem



naturgemäß eine enge Verbindung im Sinne eines Komplementärverhältnisses<sup>58</sup> zum völkerrechtlichen Gewaltverbot aufweisen. Überdies besteht die Möglichkeit, Gegenmaßnahmen bzw. Repressalien ohne militärischen Charakter beispielsweise in Gestalt von unilateralen Wirtschaftssanktionen zu erlassen.<sup>59</sup>

Diese rechtlichen Einschränkungen in Bezug auf die Reaktionsmöglichkeiten anderer Staaten folgen bereits aus dem völkervertragsrechtlich in Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta normierten und überdies völkergewohnheitsrechtlich anerkannten Gewaltverbot selbst. Darüber hinaus – wenngleich mit dem Vorgenannten sehr eng verbunden – stellen sie gemäß Art. 39 Abs. 1 lit. b SRÜ aber auch speziell im Kontext internationaler Meerengen eine Verpflichtung für die das Recht auf Transitdurchfahrt in Anspruch nehmenden (Kriegs-)Schiffe dar. Nach dieser Vorschrift müssen Schiffe sich bei Ausübung des Rechts auf Transitdurchfahrt „jeder Androhung oder Anwendung von Gewalt enthalten, die gegen die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Meerengenanliegerstaats gerichtet ist oder sonst die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätze des Völkerrechts verletzt“.<sup>60</sup> Als mit diesen Vorgaben noch vereinbar wird dabei richtigerweise unter anderem ein militärischer Geleitschutz von Handelsschiffen in internationalen Meerengen im Sinne eines bloßen Begleitens durch Kriegsschiffe angesehen.<sup>61</sup> Demgegenüber ist jedoch namentlich der Einsatz von militärischer Waffengewalt in diesen zum Küstenmeer eines Anrainerstaates gehörenden Seegebieten grundsätzlich nicht mehr als Transitdurchfahrt im Sinne der Art. 38 ff. SRÜ zu qualifizieren und damit *prima facie* völkerrechtswidrig. Vielmehr liegt es prinzipiell ausschließlich in der Zuständigkeit des jeweiligen Anrainerstaates, entsprechende Angriffe auf Handelsschiffe in der Meerenge zu verhindern bzw. die gebotenen Abwehrmaßnahmen einzuleiten.<sup>62</sup>

Eine andere völkerrechtliche Bewertung erscheint jedoch für die Fallkonstellationen geboten, in denen der Anrainerstaat keine adäquaten Abwehrmaßnahmen ergreifen kann oder will<sup>63</sup> bzw. in denen – wie im vorliegenden Kontext des Huthi-Regimes gegeben – die völkerrechtswidrigen Angriffe auf Handelsschiffe in der internationalen Meerenge von dem Anrainerstaat bzw. Anrainerterritorium selbst ausgehen. In solchen Situationen wird verschiedentlich – und im Ergebnis auch zu Recht – angenommen, dass sich gleichsam eine Nothilfe zugunsten der angegriffenen Handelsschiffe auch mit militärischen Zwangsmitteln, beispielsweise in Gestalt des Abschusses von gegen sie gerichteten Raketen und Drohnen durch Kriegsschiffe, aber auch unter anderem die Unterstützung und Verteidigung von vom Entern bedrohten Handelsschiffen,

der Grundprinzipien der heutigen Völkerrechtsordnung allgemein überdies statt vieler *Krajewski*, Völkerrecht, § 8, Rn. 43 ff.; *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/3, 832 ff.

58 So beispielsweise schon *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/3, 834.

59 Allgemein hierzu statt vieler von *Arnauld*, Völkerrecht, Rn. 425 ff.; *Krajewski*, Völkerrecht, § 6, Rn. 58 ff.; *Dörr*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 30, Rn. 41 ff., jeweils m.w.N.

60 Eingehender zum Regelungsgehalt dieser Vorschrift *Jia*, in: Proelss (Hrsg.), *Convention on the Law of the Sea – A Commentary*, Article 39, Rn. 4 ff.

61 So auch z.B. *Ulfstein*, EJIL: Talk! vom 27. August 2019; Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, *Rechtliche Spielräume für ein militärisches Engagement zum Schutze von Handelsschiffen und Schifffahrtswegen in der Straße von Hormuz*, WD 2 – 3000 – 088/19, August 2019, 15; *Stein*, in: Ipsen/Schmidt-Jortzig (Hrsg.), *Festschrift Rauschning*, 487 (490); *Stephens/Skousgaard*, *Naval Demonstrations and Manoeuvres*, Rn. 9, in: Peters (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).

62 In diesem Sinne beispielsweise schon *Heintschel von Heinegg*, in: Graf Vitzthum (Hrsg.), *Handbuch des Seerechts*, Kapitel 7, Rn. 65; *Ulfstein*, EJIL: Talk! vom 27. August 2019; Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, *Rechtliche Spielräume für ein militärisches Engagement zum Schutze von Handelsschiffen und Schifffahrtswegen in der Straße von Hormuz*, WD 2 – 3000 – 088/19, August 2019, 16 f.

63 Zu diesen Fallkonstellationen *Heintschel von Heinegg*, in: Graf Vitzthum (Hrsg.), *Handbuch des Seerechts*, Kapitel 7, Rn. 65.

als mit dem geltenden Völkerrecht vereinbar darstellt.<sup>64</sup> Zur dogmatischen Grundlegung eines solchen völkergewohnheitsrechtlich anerkannten Nothilferechts bei rechtswidrigen Übergriffen auf Handelsschiffe kann – über die entsprechende Staatenpraxis hinaus<sup>65</sup> – im Wesentlichen auf zwei Rechtsgedanken bzw. Rechtskonzepte zurückgegriffen werden. Zum einen ist hier die Evakuierung und Rettung von eigenen Staatsangehörigen und weiteren Personen aus Krisengebieten im Ausland mit militärischen Mitteln als eine nach zutreffender Auffassung völkergewohnheitsrechtlich erkannte Ausnahme vom völkerrechtlichen Gewaltverbot zu nennen.<sup>66</sup> Zum anderen kann hier der Rechtsgedanke der unter Seefahrern geltenden Pflicht zur Hilfeleistung und zum Beistand in Notfällen auf See, wie sie in Art. 98 Abs. 1 SRÜ völkervertragsrechtlich kodifiziert ist,<sup>67</sup> herangezogen werden.

Ein weiteres – und sehr aktuelles – Indiz für die internationale Anerkennung eines solchen völkergewohnheitsrechtlichen Nothilferechts mit militärischen Mitteln im Falle von rechtswidrigen Übergriffen auf Handelsschiffe findet sich überdies – und zwar sogar im vorliegend interessierenden Kontext – in der vom UN-Sicherheitsrat am 10. Januar 2024 verabschiedeten Resolution 2722 (2024). In dieser Resolution verurteilt der UN-Sicherheitsrat nicht nur „auf das Entschiedenste die mindestens zwei Dutzend Angriffe der Huthi auf Handelsschiffe seit dem 19. November 2023, als die Huthi die *Galaxy Leader* und ihre Besatzung angriffen und in ihre Gewalt brachten“<sup>68</sup> und „*verlangt*, dass die Huthi unverzüglich alle derartigen Angriffe einstellen, die den Welthandel hemmen und die Rechte und Freiheiten der Schifffahrt wie auch den Frieden und die Sicherheit in der Region untergraben, und *verlangt ferner*, dass die Huthi die *Galaxy Leader* und ihre Besatzung sofort freigeben“.<sup>69</sup> Vielmehr nimmt er bemerkenswerterweise darüber hinaus auch davon Kenntnis, „dass die Mitgliedstaaten nach dem Völkerrecht das Recht haben, ihre Schiffe gegen Angriffe, einschließlich solcher, die die Rechte und Freiheiten der Schifffahrt untergraben, zu verteidigen“.<sup>70</sup>

Zwar ist in der Völkerrechtslehre weiterhin umstritten, ob dieses militärische Nothilferecht von Kriegsschiffen nur zugunsten von Schiffen der eigenen Handelsflotte ausgeübt werden darf<sup>71</sup> oder ob darüber hinaus auch Handelsschiffe von Drittstaaten im Falle rechtswidriger Übergriffe geschützt und verteidigt werden dürfen, wenn sie um entsprechenden Schutz und Beistand ersuchen.<sup>72</sup> Die besseren Gründe sprechen jedoch zweifelsohne für die letztgenannte Auffassung.<sup>73</sup> In diesem Zusammenhang seien hier noch einmal die beiden Rechtsgedanken

64 Siehe hierzu unter anderem *Lerche*, Militärische Abwehrbefugnisse bei Angriffen auf Handelsschiffe, 174 ff., 203 ff.; *Stein*, in: Ipsen/Schmidt-Jortzig (Hrsg.), Festschrift Rauschnig, 487 (489 ff.); *Heintschel von Heinegg*, in: Graf Vitzthum (Hrsg.), Handbuch des Seerechts, Kapitel 7, Rn. 68 ff.; Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Rechtliche Spielräume für ein militärisches Engagement zum Schutze von Handelsschiffen und Schifffahrtswegen in der Straße von Hormuz, WD 2 – 3000 – 088/19, August 2019, 23 ff.

65 Eingehender hierzu z.B. *Lerche*, Militärische Abwehrbefugnisse bei Angriffen auf Handelsschiffe, 195 ff.

66 Zu diesem Rechtfertigungsgrund für die Anwendung militärischer Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen siehe unter anderem *Shaw*, International Law, 1004 ff.; *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 56, Rn. 46 ff.; *Stein/von Buttlar/Kotzur*, Völkerrecht, § 48; *Epping*, Archiv des öffentlichen Rechts 124 (1999), 423 (457 ff.); *von Arnould*, Völkerrecht, Rn. 1139 ff.; *Franzke*, Neue Zeitschrift für Wehrrecht 38 (1996), 189 ff.; *Lillich*, German Yearbook of International Law 35 (1992), 205 ff. *Kreß*, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 57 (1997), 329 (331 ff.); *Crawford*, Brownlie's Principles of Public International Law, 729.

67 Ausführlich zu den Hintergründen und dem Regelungsgehalt dieser Bestimmung *Guilfoyle*, in: Proelss (Hrsg.), Convention on the Law of the Sea – A Commentary, Article 98, Rn. 1 ff., m.w.N.

68 UN SC Res. 2722 (2024) vom 10. Januar 2024, Rn. 1.

69 UN SC Res. 2722 (2024) vom 10. Januar 2024, Rn. 2 (Hervorhebungen im Original).

70 UN SC Res. 2722 (2024) vom 10. Januar 2024, Rn. 3.

71 In diese Richtung wohl unter anderem *Lerche*, Militärische Abwehrbefugnisse bei Angriffen auf Handelsschiffe, 208 f.; *Heintschel von Heinegg*, in: Graf Vitzthum (Hrsg.), Handbuch des Seerechts, Kapitel 7, Rn. 74.

72 So z.B. *Stein*, in: Ipsen/Schmidt-Jortzig (Hrsg.), Festschrift Rauschnig, 487 (489).

73 Vgl. hierzu auch schon Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Rechtliche Spielräume für ein militärisches Engagement zum Schutze von Handelsschiffen und Schifffahrtswegen in der Straße von Hormuz, WD 2 – 3000 – 088/19, August 2019, 24 ff.

bzw. Rechtskonzepte in Erinnerung gerufen, welche zur dogmatischen Grundlegung dieses völkergewohnheitsrechtlichen Nothilferechts herangezogen werden können. So umfasst die in Art. 98 Abs. 1 SRÜ völkervertragsrechtlich verankerte Pflicht zum Beistand in Notfällen auf See selbstverständlich gerade auch entsprechende Hilfeleistungen für Seeleute anderer Staaten. In gleicher Weise ist es allgemein anerkannt, dass der Rechtfertigungsgrund der Evakuierung von Ausländern aus Krisengebieten in fremden Staaten sich nicht nur auf die Rettung eigener Staatsangehöriger bezieht, sondern – wie es im Übrigen in der Staatenpraxis nicht selten der Fall ist – auch die Rettung von Ausländern aus Drittstaaten in völkerrechtlich zulässiger Weise ermöglicht.<sup>74</sup>

Vor diesem Hintergrund ist somit zu konstatieren, dass sich – unabhängig von der Frage, ob in der vorliegenden Fallkonstellation auch der Anwendungsbereich des Selbstverteidigungsrechts gemäß Art. 51 UN-Charta eröffnet ist<sup>75</sup> – die militärischen Maßnahmen zum Schutz und zur Verteidigung von Handelsschiffen, die von den USA und weiteren Staaten seit Ende November 2023 im Seegebiet um die Meerenge von Bab el-Mandab ergriffen worden sind, auch insoweit als völkerrechtsgemäß darstellen, als sie, wie in der Praxis der vergangenen Wochen nicht selten geschehen, zugunsten von Handelsschiffen aus Drittstaaten eingeleitet worden sind.

## E. Luftangriffe gegen das Huthi-Regime seit dem 11. Januar 2024

Die dritte und letzte – sowie zeitlich betrachtet jüngste – Kategorie von militärischen Maßnahmen gegen die Huthi im Kontext des aktuellen Nahostkonflikts, welche unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten eine nähere Analyse angezeigt erscheinen lässt, bilden die Luftangriffe auf das Territorium des Huthi-Regimes, welche die USA und das Vereinigte Königreich mit Hilfe von Kriegsschiffen und Kampfflugzeugen seit dem 11. Januar 2024 durchgeführt haben. Ziel dieser Angriffe sind dabei unter anderem Raketenabschussrampen und Radarstellungen in dem von den Huthi kontrollierten Gebiet im Jemen gewesen.<sup>76</sup>

Es steht außer Frage, dass es sich bei diesen Luftangriffen wiederum um eine Anwendung von bewaffneter Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen handelt, welche zumindest *prima facie* gegen Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta bzw. – in Bezug auf das stabilisierte De facto-Regime der Huthi<sup>77</sup> – gegen das auch völkergewohnheitsrechtlich anerkannte Gewaltverbot verstoßen. Im Hinblick auf die Möglichkeit einer völkerrechtlichen Rechtfertigung für diese militärische Gewaltanwendung ist zunächst hervorzuheben, dass die durchgeführten Luftangriffe sich nicht auf eine Autorisierung zur Anwendung von militärischer Gewalt durch den UN-Sicherheitsrat stützen können.<sup>78</sup> Eine entsprechende Ermächtigung findet sich insbesondere auch nicht in der – nicht einmal auf der Grundlage von Kapitel VII UN-Charta angenommen und vorliegend allein thematisch einschlägigen – Resolution 2722 (2024) des UN-Sicherheitsrates

74 So statt vieler *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), *Völkerrecht*, § 56, Rn. 49; *von Arnould*, *Völkerrecht*, Rn. 1142; *Stein/von Buttlar/Kotzur*, *Völkerrecht*, § 48, Rn. 1.

75 Zu dieser Fragestellung siehe sogleich *infra* unter E.

76 Vgl. in diesem Zusammenhang unter anderem Letter dated 12 January 2024 from the Permanent Representative of the United States of America to the United Nations addressed to the President of the Security Council, UN Doc. S/2024/56 vom 15. Januar 2024; Letter dated 12 January 2024 from the Permanent Representative of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the United Nations addressed to the President of the Security Council, UN Doc. S/2024/55 vom 15. Januar 2024.

77 Siehe hierzu bereits *supra* unter B.

78 Vgl. allgemein zu dieser Möglichkeit schon *supra* unter C.

vom 10. Januar 2024.<sup>79</sup> Weiterhin ist zu konstatieren, dass das völkergewohnheitsrechtlich anerkannte Nothilferecht bei rechtswidrigen Übergriffen auf Handelsschiffe zwar gegebenenfalls auch die Anwendung militärischer Zwangsmittel mit dem Ziel des Schutzes und der Abwehr von Angriffen unmittelbar vor Ort im Hinblick auf beispielsweise durch den Beschuss mit Raketen oder durch Enterversuche bedrohte Schiffe rechtfertigt.<sup>80</sup> Namentlich im Unterschied zum Selbstverteidigungsrecht gemäß Art. 51 UN-Charta sind von diesem Nothilferecht jedoch nach zutreffender Auffassung keine weitergehenden militärischen Maßnahmen gegen den angreifenden Gewaltakteur auf dessen eigenem Territorium gedeckt.<sup>81</sup> Die von den USA und dem Vereinigten Königreich durchgeführten Luftangriffe auf landgestützte Raketenstellungen und Radaranlagen des Huthi-Regimes lassen sich also nicht unter Rückgriff auf dieses Rechtsinstitut rechtfertigen.

Im Lichte der vorangegangenen Überlegungen bleibt bei der Suche nach möglichen Rechtfertigungsgründen für diese Kategorie militärischer Maßnahmen gegen die Huthi somit eigentlich nur noch das völkervertragsrechtlich in Art. 51 UN-Charta verankerte und darüber hinaus auch völkergewohnheitsrechtlich anerkannte Recht auf Selbstverteidigung gleichsam übrig. Und in der Tat haben sich sowohl die USA als auch das Vereinigte Königreich im Hinblick auf ihre ersten, am 11. Januar 2024 durchgeführten Luftangriffe in ihren entsprechenden – und gemäß Art. 51 S. 2 UN-Charta gebotenen – Mitteilungen an den UN-Sicherheitsrat vom 12. Januar 2024 auch genau auf diese Rechtsposition berufen.<sup>82</sup> Es fragt sich allerdings zunächst, ob in dem hier interessierenden Zusammenhang überhaupt vom – notwendigen – Vorliegen eines bewaffneten Angriffs im Sinne des Art. 51 UN-Charta durch das stabilisierte De facto-Regime der Huthi ausgegangen werden kann. Im Prinzip kommen hierfür drei mögliche Anknüpfungspunkte in Betracht.

Der erste Gesichtspunkt betrifft die Behinderung des Rechts auf Transitdurchfahrt durch das Huthi-Regime in der internationalen Meerenge Bab el-Mandab im Widerspruch zu Art. 38 Abs. 1 und Art. 44 SRÜ bzw. entsprechenden völkergewohnheitsrechtlichen Verpflichtungen. Diesbezüglich ist im Vorgenannten allerdings schon festgestellt worden, dass dieser Verstoß gegen das Völkerrecht für sich genommen anderen Staaten im Lichte des völkerrechtlichen Gewaltverbots nicht das Recht gewährt, weitergehende militärische Maßnahmen gegen die Huthi zu ergreifen.<sup>83</sup> Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die völkerrechtswidrige Behinderung des Rechts auf Transitdurchfahrt *per se* also auch keinen bewaffneten Angriff im Sinne des Art. 51 UN-Charta darstellt.

Den zweiten Anknüpfungspunkt, der im vorliegenden Kontext möglicherweise von Relevanz ist, bilden die zahlreichen – mit Raketen, Drohnen, Hubschraubern und Patrouillenbooten durchgeführten – Attacken der Huthi auf Handelsschiffe seit Mitte November 2023. Zwar sind diese ungerechtfertigten Angriffe auf Handelsschiffe anderer Staaten mit militärischen Mitteln zweifelsohne als ein Verstoß gegen das völkervertragsrechtlich sowie völkergewohnheitsrechtlich anerkannte Gewaltverbot durch das stabilisierte De facto-Regime der Huthi zu

79 So nunmehr auch beispielsweise *Talmon*, GPIL – German Practice in International Law vom 23. Januar 2024; *Fink*, EJIL: Talk! vom 26. Januar 2024; *Buchan*, Articles of War vom 31. Januar 2024; *Svicevic*, Articles of War vom 6. Februar 2024.

80 Siehe hierzu ebenfalls bereits *supra* unter D.

81 Ebenso z.B. *Lerche*, Militärische Abwehrbefugnisse bei Angriffen auf Handelsschiffe, 207 f.; Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Rechtliche Spielräume für ein militärisches Engagement zum Schutze von Handelsschiffen und Schifffahrtswegen in der Straße von Hormuz, WD 2 – 3000 – 088/19, August 2019, 23 f.

82 Vgl. Letter dated 12 January 2024 from the Permanent Representative of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the United Nations addressed to the President of the Security Council, UN Doc. S/2024/55 vom 15. Januar 2024; Letter dated 12 January 2024 from the Permanent Representative of the United States of America to the United Nations addressed to the President of the Security Council, UN Doc. S/2024/56 vom 15. Januar 2024.

83 Siehe hierzu bereits *supra* unter D.

qualifizieren. Gleichwohl ist bekanntermaßen nach ganz überwiegend vertretener – und zutreffender – Auffassung nicht jeder Verstoß gegen das Gewaltverbot auch gleichsam automatisch bereits als ein bewaffneter Angriff im Sinne des völkerrechtlichen Selbstverteidigungsrechts anzusehen. Vielmehr ist dieses Tatbestandsmerkmal des Art. 51 UN-Charta grundsätzlich nur dann erfüllt, wenn ein in Bezug auf sein Ausmaß und die von ihm ausgehenden Wirkungen in besonderer Weise qualifizierter Verstoß gegen das Gewaltverbot vorliegt. Der Begriff des bewaffneten Angriffs im Sinne des Art. 51 UN-Charta ist also enger als derjenige der verbotenen Gewaltanwendung im Sinne des Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta.<sup>84</sup>

Ob vor diesem Hintergrund das unberechtigte militärische Vorgehen gegen ein oder mehrere private Handelsschiffe anderer Staaten prinzipiell – oder zumindest unter bestimmten qualifizierten Umständen – das völkerrechtliche Selbstverteidigungsrecht zu aktivieren in der Lage ist, wird in der Staatenpraxis und Völkerrechtslehre ebenfalls bekanntermaßen nicht ganz einheitlich beantwortet.<sup>85</sup> Teilweise wird davon ausgegangen, dass bereits ein entsprechendes Vorgehen gegen ein einziges Handelsschiff einen bewaffneten Angriff im Sinne des Art. 51 UN-Charta darstellen kann.<sup>86</sup> Demgegenüber findet sich aber auch die Auffassung, dass allenfalls eine militärische Gewaltanwendung gegenüber zahlreichen Handelsschiffen bzw. der gesamten Handelsflotte eines anderen Staates das Recht auf Selbstverteidigung auslöst.<sup>87</sup> Die besseren Gründe sprechen sicherlich dafür, in der vorliegenden Konstellation kontinuierlicher, fortgesetzter Gewaltaktivitäten der Houthi gegen zahlreiche Handelsschiffe mit verschiedensten militärischen Mitteln vom Vorliegen eines bewaffneten Angriffs im Sinne des Art. 51 UN-Charta auszugehen.

Im Ergebnis kann diese Frage hier jedoch offenbleiben. Das Recht auf individuelle Selbstverteidigung steht nämlich anerkanntermaßen nur den Flaggenstaaten der hiervon betroffenen Handelsschiffe zu. Eine solche Ausübung des Selbstverteidigungsrechts durch die Flaggenstaaten ist vorliegend jedoch ersichtlich nicht der Fall gewesen.<sup>88</sup> Die Ausübung eines Rechts auf kollektive Selbstverteidigung durch die USA und das Vereinigte Königreich zugunsten dieser Schiffe hätte zur Voraussetzung gehabt, dass die entsprechenden Flaggenstaaten sich insofern als Opfer eines bewaffneten Angriffs angesehen und um entsprechende militärische Unterstützungsmaßnahmen gebeten hätten.<sup>89</sup> Auch dies ist vorliegend nicht geschehen. Weder die USA

84 Vgl. hierzu auch statt vieler IGH, *Case Concerning Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* (Nicaragua v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 1986, 14 (101 ff.); IGH, *Case Concerning Oil Platforms* (Iran v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 2003, 161 (186 f.); *Randelzhofer/Nolte*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), *Charter of the United Nations*, Bd. 2, Art. 51, Rn. 20 f.; *Stein/von Buttlar/Kotzur*, *Völkerrecht*, § 45, Rn. 2 ff.; *Bothe*, in: Proelß (Hrsg.), *Völkerrecht*, 893 (915 f.); *Krajewski*, *Völkerrecht*, § 9, Rn. 86; *Blokker/Dam-de Jong*, in: Rose u.a., *Public International Law*, 208 (223 f.).

85 Vgl. zu dieser im Grundsatz seit längerer Zeit geführten Diskussion z.B. *Randelzhofer/Nolte*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), *Charter of the United Nations*, Bd. 2, Art. 51, Rn. 27; *Lerche*, *Militärische Abwehrbefugnisse bei Angriffen auf Handelsschiffe*, 73 ff.; *Ochoa-Ruiz/Salamanca-Aguado*, *European Journal of International Law* 16 (2005), 499 (510 ff.); siehe zu dieser Fragestellung auch IGH, *Case Concerning Oil Platforms* (Iran v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 2003, 161 (186 ff.).

86 So wohl unter anderem *Gray*, *International and Comparative Law Quarterly* 40 (1991), 464 (469); *Greenwood*, *Self-Defence*, Rn. 22 f., in: Peters (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024); *Raab*, *Leiden Journal of International Law* 17 (2004), 719 (726 ff.), m.w.N.

87 In diesem Sinne z.B. *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), *Völkerrecht*, § 56, Rn. 23; *Randelzhofer/Nolte*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), *Charter of the United Nations*, Bd. 2, Art. 51, Rn. 27; *Lerche*, *Militärische Abwehrbefugnisse bei Angriffen auf Handelsschiffe*, 147 f.

88 Vgl. hierzu auch beispielsweise *Talmon*, *GPIL – German Practice in International Law* vom 23. Januar 2024 („There was no suggestion that any US or UK flagged commercial vessels had been attacked by the Houthis. The vessels targeted sailed under the flags (of convenience) of Panama, the Bahamas, Liberia, Singapore or the Marshall Islands.”); *Buchan*, *Articles of War* vom 31. Januar 2024 („The difficulty is that the vast majority of commercial vessels attacked by the Houthis were not flying under the flags of the United States or United Kingdom, [...]”).

89 Allgemein zu dieser Voraussetzung im Kontext des Angriffs auf Handelsschiffe auch bereits IGH, *Case Concerning Oil*

noch das Vereinigte Königreich konnten sich also in legitimer Weise im Hinblick auf die von ihnen seit dem 11. Januar 2024 durchgeführten Luftangriffe auf das Territorium des Huthi-Regimes auf das Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung berufen; jedenfalls soweit sich die Ausübung dieser völkerrechtlichen Rechtsposition auf die Abwehr von bislang erfolgten Angriffen der Huthi gegen private Handelsschiffe bezieht.

Die Huthi haben allerdings seit Mitte November 2023 im Seegebiet der internationalen Meerenge Bab el-Mandab nicht nur zahlreiche Gewaltaktivitäten gegenüber Handelsschiffen entfaltet. Vielmehr haben sie seit diesem Zeitpunkt wohl verschiedentlich auch unter anderem Kriegsschiffe der USA und des Vereinigten Königreichs mit Anti-Schiffsraketen und Drohnen angegriffen. Diese Vorkommnisse stehen denn auch im Zentrum der von diesen beiden Staaten im Hinblick auf ihre ersten, am 11. Januar 2024 durchgeführten Luftangriffe an den UN-Sicherheitsrat gemäß Art. 51 S. 2 UN-Charta übersandten Mitteilungen.<sup>90</sup> Als dritter und letzter Anknüpfungspunkt für das Vorliegen eines bewaffneten Angriffs im Sinne des Art. 51 UN-Charta kommen im aktuellen Kontext damit die militärischen Maßnahmen der Huthi gegen Kriegsschiffe der USA und des Vereinigten Königreichs in Betracht. Es entspricht zu Recht wohl so gut wie einhelliger – und auf eine entsprechende Staatenpraxis gestützter – Auffassung im Schrifttum, dass die rechtswidrige militärische Gewaltanwendung gegen Kriegsschiffe anderer Staaten nicht nur einen Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot darstellt, sondern, zumindest bei Vorliegen einer gewissen Gewaltintensität, auch die Voraussetzungen für einen bewaffneten Angriff im Sinne des Art. 51 UN-Charta erfüllt.<sup>91</sup> Dies gilt nicht nur für Kriegsschiffe auf Hoher See, sondern auch, wie vorliegend, im Falle des rechtmäßigen Aufenthalts in Küstengewässern wie beispielsweise internationalen Meerengen.<sup>92</sup>

Überdies kann schon angesichts der bei dem Angriff auf die Kriegsschiffe verwendeten Waffensysteme mit erheblichem Zerstörungspotential, darunter Anti-Schiffsraketen, Drohnen und möglicherweise auch ein Kampfflugzeug,<sup>93</sup> von einer hinreichenden Gewaltintensität ausgegangen werden.<sup>94</sup> Gleiches gilt schließlich für das Erfordernis der fortbestehenden Gegenwärtigkeit des bewaffneten Angriffs. Zwar wird richtigerweise immer wieder betont, dass die in Ausübung des Selbstverteidigungsrechts ergriffenen militärischen Maßnahmen nicht mit dem Ziel der Bestrafung des Aggressors bzw. der Vergeltung nach einem vollständig abgeschlossenen Angriff durchgeführt werden dürfen.<sup>95</sup> Es ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass „die Anforderungen an die Unmittelbarkeit der Reaktion auch nicht überspannt werden“

*Platforms* (Iran v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 2003, 161 (186).

90 Vgl. Letter dated 12 January 2024 from the Permanent Representative of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the United Nations addressed to the President of the Security Council, UN Doc. S/2024/55 vom 15. Januar 2024; Letter dated 12 January 2024 from the Permanent Representative of the United States of America to the United Nations addressed to the President of the Security Council, UN Doc. S/2024/56 vom 15. Januar 2024.

91 So auch bereits statt vieler IGH, *Case Concerning Oil Platforms* (Iran v. Vereinigte Staaten von Amerika), ICJ-Reports 2003, 161 (195 f.); *Heintschel von Heinegg*, Warships, Rn. 17, in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024); *Greenwood*, Self-Defence, Rn. 21, in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024); *Raab*, Leiden Journal of International Law 17 (2004), 719 (731).

92 Siehe z.B. *Randelzhofer/Nolte*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), Charter of the United Nations, Bd. 2, Art. 51, Rn. 25, m.w.N.

93 Vgl. Letter dated 12 January 2024 from the Permanent Representative of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the United Nations addressed to the President of the Security Council, UN Doc. S/2024/55 vom 15. Januar 2024.

94 So nunmehr auch beispielsweise *Buchan*, Articles of War vom 31. Januar 2024; zweifelnd demgegenüber unter anderem *Talmon*, GPIL – German Practice in International Law vom 23. Januar 2024.

95 Vgl. statt vieler *Klabbers*, International Law, 208; *von Arnould*, Völkerrecht, Rn. 1098; *Stein/von Buttlar/Kotzur*, Völkerrecht, § 46, Rn. 2; *Crawford*, Brownlie's Principles of Public International Law, 722.

dürfen<sup>96</sup> und den angegriffenen Staaten eine angemessene Zeit für die für eine wirksame Verteidigung gebotenen Vorbereitungsmaßnahmen zugestanden werden muss.<sup>97</sup> Vor diesem Hintergrund wird ein Erlöschen des Selbstverteidigungsrechts in zustimmungswürdiger Weise in zeitlicher Hinsicht erst dann angenommen, „wenn der Angriff endgültig beendet ist und keine Gefahr droht, dass sich die Angriffshandlung wiederholen wird“.<sup>98</sup> Ausweislich der vorliegenden Informationen erfolgten die Angriffe auf Kriegsschiffe der USA und des Vereinigten Königreichs durch die Huthi letztmalig am 9. Januar 2024, also zwei Tage vor den Luftangriffen am 11. Januar 2024, und sind auch nachfolgend in den vergangenen Wochen fortgesetzt worden. Vor diesem Hintergrund können nach hier vertretener Auffassung keine ernsthaften Zweifel am Vorliegen eines gegenwärtigen bewaffneten Angriffs im Sinne des Art. 51 UN-Charta durch das stabilisierte De facto-Regime der Huthi bestehen.<sup>99</sup>

Weiterhin scheinen auch die übrigen Voraussetzungen einer völkerrechtsgemäßen Ausübung des Rechts auf individuelle Selbstverteidigung in Bezug auf diese dritte Kategorie von militärischen Maßnahmen gegen die Huthi im aktuellen Nahostkonflikt gegeben zu sein. Dies gilt zunächst für die gemäß Art. 51 UN-Charta zu beachtende und in dieser Bestimmung zum Ausdruck kommende Subsidiarität des Selbstverteidigungsrechts im Verhältnis zu den dem UN-Sicherheitsrat auf der Grundlage der UN-Charta übertragenen Friedenssicherungskompetenzen. Auf der Grundlage von Art. 51 S. 1 UN-Charta besteht das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung bekanntermaßen nur so lange, „bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat“. Zwar hat der UN-Sicherheitsrat im vorliegenden Kontext am 10. Januar 2024 die Resolution 2722 (2024) angenommen.<sup>100</sup> Diese ist jedoch weder auf der Grundlage seiner Kompetenzen nach Kapitel VII UN-Charta verabschiedet worden, noch hat der UN-Sicherheitsrat darin überhaupt verbindliche Maßnahmen getroffen, welche über das zum Ausdruck gebrachte Verlangen an die Huthi hinausgehen, unverzüglich die Angriffe auf Handelsschiffe einzustellen. Es ist daher nicht davon auszugehen, dass dieses Organ der Vereinten Nationen mit der Annahme dieser Resolution die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen in der Weise und in dem Umfang getroffen hat, dass das Selbstverteidigungsrecht gemäß Art. 51 UN-Charta im Hinblick auf die von den USA und dem Vereinigten Königreich durchgeführten Luftangriffe als suspendiert anzusehen wäre.<sup>101</sup>

Schließlich genügen – wenigstens nach hier vertretener Auffassung<sup>102</sup> – die von diesen beiden Staaten in Reaktion auf den bewaffneten Angriff der Huthi ergriffenen militärischen Maßnahmen auch den Anforderungen an eine völkerrechtlich legitime Selbstverteidigungshandlung. Sie sind im konkreten Fall sowohl als erforderlich als auch als noch verhältnismäßig anzusehen. Hierbei ist gerade auch zu berücksichtigen, dass die sich verteidigenden Staaten

96 So zu Recht *Stein/von Buttlar/Kotzur*, Völkerrecht, § 46, Rn. 2.

97 So z.B. bereits *von Arnould*, Völkerrecht, Rn. 1099; *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 56, Rn. 35; *Stein/von Buttlar/Kotzur*, Völkerrecht, § 46, Rn. 2; *Gornig*, Völkerrecht, § 45, Rn. 34.

98 *Krajewski*, Völkerrecht, § 9, Rn. 87; gleichsinnig unter anderem *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 56, Rn. 35.

99 In diesem Sinne nunmehr auch z.B. *Buchan*, Articles of War vom 31. Januar 2024; anders aber wohl beispielsweise *Talmon*, GPIL – German Practice in International Law vom 23. Januar 2024.

100 UN SC Res. 2722 (2024) vom 10. Januar 2024.

101 So nunmehr auch z.B. *Svicevic*, Articles of War vom 6. Februar 2024. Allgemein zu dieser Voraussetzung des Art. 51 UN-Charta vgl. statt vieler *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 56, Rn. 36 f.; *Greenwood*, Self-Defence, Rn. 32 ff., in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).

102 Ebenso jetzt auch beispielsweise *Buchan*, Articles of War vom 31. Januar 2024; anders demgegenüber z.B. Letter dated 22 January 2024 from the Permanent Representative of the Russian Federation to the United Nations addressed to the President of the Security Council, UN Doc. S/2024/90 vom 22. Januar 2024; *Talmon*, GPIL – German Practice in International Law vom 23. Januar 2024.

im Lichte dieser Vorgaben durchaus berechtigt sind, „solange und so umfangreich Waffengewalt ein[zu]setzen, bis der Angriff beendet ist und keine konkrete Wiederholungsgefahr droht“.<sup>103</sup> Die Selbstverteidigung darf also „darauf abzielen, den Angriff effektiv und endgültig zu beenden“.<sup>104</sup> Soweit in diesem Zusammenhang „sachliche Verdachtsgründe“ bestehen, dass der Angreifer durch militärische Maßnahmen geringer Intensität „nicht von weiteren Angriffen abgehalten werden wird, so ist es durchaus zulässig und verhältnismäßig, wenn das Opfer auf den bewaffneten Angriff mit einem massiveren Einsatz militärischer Gewalt reagiert“.<sup>105</sup> In Anwendung dieser maßstabsbildenden Grundsätze ist zu konstatieren, dass sich der Rekurs auf militärische Maßnahmen durch die USA und das Vereinigte Königreich als erforderlich darstellt, da nicht zuletzt im Lichte des vorangegangenen Verhaltens der Huthi kein milderes, gleich wirksames Mittel zur Beendigung der Angriffe ersichtlich gewesen ist.<sup>106</sup> Darüber hinaus dienten und dienen die Luftangriffe auf Raketenabschussstellungen und Radaranlagen der Huthi, welche für die Realisierung der bisherigen Angriffe auf die Kriegsschiffe genutzt worden sind und von denen auch die Gefahr weiterer Angriffe in der Zukunft ausging, zweifelsohne der effektiven und endgültigen Beendigung dieser Angriffe, so dass auch das Gebot der Verhältnismäßigkeit im vorliegenden Kontext als noch gewahrt angesehen werden kann.

Zusammenfassend kann damit festgestellt werden, dass die mit Hilfe von Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen seit dem 11. Januar 2024 durchgeführten Luftangriffe der USA und des Vereinigten Königreichs gegen das Territorium des Huthi-Regimes nach hier vertretener Auffassung als völkerrechtlich legitime Ausübung des Rechts auf individuelle Selbstverteidigung gemäß Art. 51 UN-Charta bzw. entsprechendem Völkergewohnheitsrecht gerechtfertigt sind und sich somit ebenfalls gleichsam harmonisch in die aktuellen normativen Ordnungsstrukturen des internationalen Friedenssicherungsrechts einfügen.

103 *Krajewski*, Völkerrecht, § 9, Rn. 98; vgl. in diesem Zusammenhang auch z.B. *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 56, Rn. 33; *Greenwood*, Self-Defence, Rn. 28, in: Peters (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).

104 *von Arnould*, Völkerrecht, Rn. 1104.

105 *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 56, Rn. 33 („Entscheidend ist die durch den bewaffneten Angriff verursachte oder die mit ihm einhergehende Bedrohung, die es wirksam zu beseitigen gilt. Daher mag es im Einzelfall ausreichen, auf einen bewaffneten Angriff geringer Intensität ebenfalls nur mit militärischen Maßnahmen geringer Intensität zu reagieren. Bestehen aber sachliche Verdachtsgründe, dass der Angreifer dadurch nicht von weiteren Angriffen abgehalten wird, so ist es durchaus zulässig und verhältnismäßig, wenn das Opfer auf den bewaffneten Angriff mit einem massiveren Einsatz militärischer Gewalt reagiert.“).

106 Vgl. zu dieser Wahrnehmung nunmehr auch beispielsweise *Buchan*, Articles of War vom 31. Januar 2024.



## F. Schluss

Der seit dem 7. Oktober 2023 mit aller Härte geführte, aktuelle bewaffnete Konflikt im Nahen Osten zeichnet sich durch viele Facetten, Schauplätze und mitwirkende Akteure aus. Dies illustrieren nicht zuletzt auch die zahlreichen Gewaltaktivitäten der jemenitischen Huthi seit Mitte Oktober 2023 sowie die in Reaktion hierauf namentlich von den USA und dem Vereinigten Königreich eingeleiteten militärischen Maßnahmen in der Umgebung der internationalen Meerenge Bab el-Mandab. Die vorangegangenen Ausführungen haben versucht zu verdeutlichen, dass auch diese militärischen Maßnahmen, in gleicher Weise wie die übrigen Aktivitäten an anderen Schauplätzen des aktuellen Nahostkonflikts, vielfältige völkerrechtliche Fragestellungen aufwerfen, auf die es aus der Perspektive der internationalen Rechtsordnung nicht immer einfache und allgemein konsenterte Antworten gibt.

Zumindest nach hier vertretener und begründeter Auffassung stellen sich dabei sowohl die Abschüsse von gegen israelisches Territorium gerichteten Drohnen und Raketen der Huthi durch Kriegsschiffe der USA und weiterer Staaten, als auch die ergriffenen militärischen Maßnahmen zum Schutz und zur Verteidigung von Handelsschiffen im Seegebiet um die internationale Meerenge von Bab el-Mandab als völkerrechtlich zulässig dar. Gleiches gilt schließlich auch für die mit Hilfe von Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen seit dem 11. Januar 2024 durchgeführten Luftangriffe der USA und des Vereinigten Königreichs gegen das Territorium des Huthi-Regimes.

Die Bestimmungen der internationalen Rechtsordnung im Allgemeinen und des internationalen Friedenssicherungsrechts im Besonderen stellen sich insoweit als in hinreichendem Umfang offen und permissiv dar, um auf die von den Huthi gegenwärtig entfalteten, völkerrechtswidrigen Gewaltaktivitäten in dem bislang erfolgten Modus und Umfang in völkerrechtlich legitimer Weise reagieren zu können.

## Literaturverzeichnis

- AL-HABABI, Faisal M., Resurfacing Issues of the Arab League in Light of the Gaza War, EJIL: Talk! vom 6. Dezember 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/resurfacing-issues-of-the-arab-league-in-light-of-the-gaza-war/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- ALDAILAMI, Said, Jemen – Der vergessene Krieg, München 2019.
- ALEXANDROV, Stanimir A., Self-Defense Against the Use of Force in International Law, The Hague u.a. 1996.
- ARNAULD, Andreas von, Völkerrecht, 5. Auflage, Heidelberg 2023.
- BAJRAMI, Shpetim, Selbstverteidigung gegen nicht-staatliche Akteure, Tübingen 2022.
- BALEKJIAN, W. H., Die Effektivität und die Stellung nichtanerkannter Staaten im Völkerrecht, Den Haag 1970.
- BIANCHI, Andrea, Dismantling the Wall: The ICJ's Advisory Opinion and Its Likely Impact on International Law, German Yearbook of International Law 47 (2004), 343-391.
- BIRKNER, Stefan, Die Durchfahrtsrechte von Handels- und Kriegsschiffen durch die türkischen Meeren, Berlin 2002.
- BLOKKER, Niels, Is the Authorization Authorized? Powers and Practice of the UN Security Council to Authorize the Use of Force by 'Coalitions of the Able and Willing', European Journal of International Law 11 (2000), 541-568.
- BLOKKER, Niels/DAM-DE JONG, Daniella, Law on the Use of Force, in: Rose, Cecily u.a., An Introduction to Public International Law, Cambridge 2022, 208-229.
- BOTHE, Michael, Friedenssicherung und Kriegsrecht, in: Proelß, Alexander (Hrsg.), Völkerrecht, 9. Auflage, Berlin/Boston 2024, 893-1032.
- BROWNLIE, Ian, International Law and the Use of Force by States, Oxford 1963.
- BRUHA, Thomas/BORTFELD, Matthias, Terrorismus und Selbstverteidigungsrecht, Vereinte Nationen 49 (2001), 161-167.
- BRUHA, Thomas/TAMS, Christian, Self-Defence Against Terrorist Attacks. Considerations in the Light of the ICJ's "Israeli Wall" Opinion, in: Dicke, Klaus/Hobe, Stephan/Meyn, Karl-Ulrich/Peters, Anne/Riedel, Eibe/Schütz, Hans-Joachim/Tietje, Christian (Hrsg.), Weltinnenrecht – Liber amicorum Jost Delbrück, Berlin 2005, 85-100.
- BRUNER, Jerome S./GOODNOW, Jacqueline J./AUSTIN, George A., A Study of Thinking, New York 1956.
- BUCHAN, Russell, The Law of Self-Defense and the U.S. and UK Strikes Against the Houthis, Articles of War vom 31. Januar 2024, erhältlich im Internet unter: <<https://lieber.westpoint.edu/law-self-defense-us-uk-strikes-against-houthis/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- BURKE, Karin M./DELEO, Deborah A., Innocent Passage and Transit Passage in the United Nations Convention on the Law of the Sea, Yale Journal of World Public Order 9 (1983), 389-408.
- CAMINOS, Hugo/COGLIATI-BANTZ, Vincent P., The Legal Regime of Straits – Contemporary Challenges and Solutions, Cambridge 2014.
- CASSESE, Antonio, Terrorism is Also Disrupting Some Crucial Legal Categories of International Law, European Journal of International Law 12 (2001), 993-1001.
- CHESTERMAN, Simon, Just War or Just Peace? Humanitarian Intervention and International Law, Oxford 2001.
- CHURCHILL, Robin/LOWE, Vaughan/SANDER, Amy, The Law of the Sea, 4. Auflage, Manchester 2022.
- COLLIER, John/LOWE, Vaughan, The Settlement of Disputes in International Law, Oxford 1999.
- CORTEN, Olivier, The Law Against War – The Prohibition on the Use of Force in Contemporary International Law, 2. Auflage, Oxford 2021.
- COX, Brian L., In Defence of Doctrinal Assessments: Proportionality and the 31 October Attack on the Jabalia Refugee Camp, EJIL: Talk! vom 10. November 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/in-defence-of-doctrinal-assessments-proportionality-and-the-31-october-attack-on-the-jabalia-refugee-camp/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- CRAWFORD, James, Brownlie's Principles of Public International Law, 9. Auflage, Oxford 2019.
- The Creation of States in International Law, 2. Auflage, Oxford 2006.
- DAHM, Georg/DELBRÜCK, Jost/WOLFRUM, Rüdiger, Völkerrecht, Band I/3, 2. Auflage, Berlin 2002.
- Völkerrecht, Band I/2, 2. Auflage, Berlin 2002.
  - Völkerrecht, Band I/1, 2. Auflage, Berlin/New York 1989.
- DAU, Corinna, Die völkerrechtliche Zulässigkeit von Selbstverteidigung gegen nicht-staatliche Akteure, Baden-Baden 2018.
- DELBRÜCK, Jost, The Fight Against Global Terrorism: Self-Defense or Collective Security as International Police Action? Some Comments on the International Legal Implications of the 'War Against Terrorism', German Yearbook of International Law 44 (2001), 9-24.
- Effektivität des UN-Gewaltverbots – Bedarf es einer Modifikation der Reichweite des Art. 2 (4) UN-Charta?, Die Friedens-Warte 74 (1999), 139-158.

- DILL, Janina, Our Shared Horror, EJIL: Talk! vom 13. Oktober 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/our-shared-horror/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- DINSTEIN, Yoram, War, Aggression and Self-Defence, 6. Auflage, Cambridge 2017.
- DÖRR, Oliver, Use of Force, Prohibition of (August 2019), in: Peters, Anne (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- Staatenverantwortlichkeit, in: Ipsen, Knut (Hrsg.), Völkerrecht, 7. Auflage, München 2018, 642-687.
- EPINEY, Astrid, Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit von Staaten für rechtswidriges Verhalten im Zusammenhang mit Aktionen Privater, Baden-Baden 1992.
- EPPING, Volker, Die friedliche Streitbeilegung, in: Ipsen, Knut (Hrsg.), Völkerrecht, 7. Auflage, München 2018, 1228-1275.
- Sonstige Völkerrechtssubjekte, in: Ipsen, Knut (Hrsg.), Völkerrecht, 7. Auflage, München 2018, 436-452.
  - Die Evakuierung deutscher Staatsbürger im Ausland als neues Kapitel der Bundeswehrgeschichte ohne rechtliche Grundlage? – Der Tirana-Einsatz der Bundeswehr auf dem rechtlichen Prüfstand, Archiv des öffentlichen Rechts 124 (1999), 423-469.
- FINK, Martin, Protecting commercial shipping with strikes into Yemen: Do attacks against merchant shipping trigger the right of self-defence?, EJIL: Talk! vom 26. Januar 2024, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/protecting-commercial-shipping-with-strikes-into-yemen-do-attacks-against-merchant-shipping-trigger-the-right-of-self-defence/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- FINKE, Jasper, Selbstverteidigungsrecht gegen nicht-staatliche Akteure, Archiv des Völkerrechts 55 (2017), 1-42.
- FISCHER, Peter, Taiwan: Der Staat, der nicht sein darf: Die Stellung der Republik China „Revisited“, in: Bröhmer, Jürgen/Bieber, Roland/Calliess, Christian/Langenfeld, Christine/Weber, Stefan/Wolf, Joachim (Hrsg.), Internationale Gemeinschaft und Menschenrechte – Festschrift für Georg Ress zum 70. Geburtstag am 21. Januar 2005, Köln/Berlin/München 2005, 77-93.
- FLASCH, Olivia, Rebutting Allegations of Genocide Against Israel, EJIL: Talk! vom 10. Januar 2024, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/rebutting-allegations-of-genocide-against-israel/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- FONTANE, Theodor, Effi Briest, Ausgabe Reclam jun., Stuttgart 1984.
- FRANCK, Thomas M., Recourse to Force – State Action against Threats and Armed Attacks, Cambridge 2002.
- Terrorism and the Right of Self-Defense, American Journal of International Law 95 (2001), 839-843.
- FRANZKE, Hans-Georg, Schutz von deutschen Staatsbürgern im Ausland durch die Bundeswehr?, Neue Zeitschrift für Wehrrecht 38 (1996), 189-200.
- FROWEIN, Jochen A., De Facto Regime (March 2013), in: Peters, Anne (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- Der Terrorismus als Herausforderung für das Völkerrecht, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 62 (2002), 879-905.
  - Das de facto-Regime im Völkerrecht, Köln/Berlin 1968.
- GAZZINI, Tarcisio, The Changing Rules on the Use of Force in International Law, Manchester 2005.
- GENONI, Maurizio, Die Notwehr im Völkerrecht, Zürich 1987.
- GORNIG, Gilbert, Völkerrecht, München 2023.
- GRANT, Thomas D., The Recognition of States – Law and Practice in Debate and Evolution, Westport/London 1999.
- GRAY, Christine, International Law and the Use of Force, 4. Auflage, Oxford 2018.
- The British Position with Regard to the Gulf Conflict (Iran-Iraq): Part 2, International and Comparative Law Quarterly 40 (1991), 464-473.
- GREEN, James A., The Article 51 Reporting Requirement for Self-Defense Actions, Virginia Journal of International Law 55 (2015), 563-624.
- GREENWOOD, Christopher, Self-Defence (April 2011), in: Peters, Anne (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- HAILBRONNER, Kay, Die Grenzen des völkerrechtlichen Gewaltverbots, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht 26 (1986), 49-111.
- HEINTSCHEL VON HEINEGG, Wolff, Ausnahmen vom Gewaltverbot, in: Ipsen, Knut (Hrsg.), Völkerrecht, 7. Auflage, München 2018, 1153-1176.
- Internationale Meerengen, in: Ipsen, Knut (Hrsg.), Völkerrecht, 7. Auflage, München 2018, 820-826.
  - Vom *ius ad bellum* zum *ius contra bellum* (Kriegsverbot, Gewaltverbot und Interventionsverbot), in: Ipsen, Knut (Hrsg.), Völkerrecht, 7. Auflage, München 2018, 1131-1153.

- Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch Systeme kollektiver Sicherheit, in: Ipsen, Knut (Hrsg.), *Völkerrecht*, 7. Auflage, München 2018, 1176-1193.
  - Warships (October 2015), in: Peters, Anne (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
  - Friedliche Nutzung, Seekriegs- und Neutralitätsrecht, Friedenssicherung, in: Graf Vitzthum, Wolfgang (Hrsg.), *Handbuch des Seerechts*, München 2006, 491-623.
- HEMPTINNE, Jerome de, *Classifying the Gaza Conflict Under International Humanitarian Law, a Complicated Matter*, EJIL: Talk! vom 13. November 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/classifying-the-gaza-conflict-under-international-humanitarian-law-a-complicated-matter/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- HENDERSON, Christian, *The Use of Force and International Law*, 2. Auflage, Cambridge 2024.
- HENRIKSEN, Anders, *International Law*, 4. Auflage, Oxford 2023.
- HERNÁNDEZ, Gleider, *International Law*, Oxford 2019.
- HEUSER, Robert, *Zur Rechtsstellung des de facto-Regimes im Völkerrecht – Die Kokaryō-Entscheidung des OLG Osaka*, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 49 (1989), 335-342.
- HILLGRUBER, Christian, *Die Aufnahme neuer Staaten in die Völkerrechtsgemeinschaft*, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a. 1998.
- *The Admission of New States to the International Community*, *European Journal of International Law* 9 (1998), 491-509.
- HOBE, Stephan, *Einführung in das Völkerrecht*, 11. Auflage, Tübingen 2020.
- JENNINGS, Sir Robert/WATTS, Sir Arthur, *Oppenheim's International Law*, Band I, Introduction and Part 1, 9. Auflage, Harlow 1992.
- JIA, Bing B., *The Regime of Straits in International Law*, Oxford 1998.
- KÄMMERER, Jörn Axel, *Begriff, Geschichte und Rechtsquellen des Völkerrechts*, in: Proelß, Alexander (Hrsg.), *Völkerrecht*, 9. Auflage, Berlin/Boston 2024, 1-106.
- KENNY, Kevin C., *Self-Defence*, in: Wolfrum, Rüdiger/Philipp, Christiane (Hrsg.), *United Nations: Law, Policies and Practice*, Band 2, Dordrecht/London/Boston 1995, 1162-1170.
- KLABBERS, Jan, *International Law*, 4. Auflage, Cambridge 2024.
- KÖNIG, Doris, *Die Bekämpfung von Terroristen und Piraten – Ist der Einsatz der deutschen Marine im Rahmen von OEF, PSI und Operation Atalanta mit dem Völkerrecht vereinbar?*, Trier 2009.
- KRAJEWSKI, Markus, *Völkerrecht*, 3. Auflage, Baden-Baden 2023.
- *Selbstverteidigung gegen bewaffnete Angriffe nicht-staatlicher Organisationen – Der 11. September 2001 und seine Folgen*, *Archiv des Völkerrechts* 40 (2002), 183-214.
- KRASKA, James, *Attacks on U.S. Warships Justify Self-Defense Against Houthi Forces Ashore*, *Lawfare* vom 2. Januar 2024, erhältlich im Internet unter: <<https://www.lawfaremedia.org/article/attacks-on-u.s.-warships-justify-self-defense-against-houthi-forces-ashore>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- KRESS, Claus, *Die Rettungsoperation der Bundeswehr in Albanien am 14. März 1997 aus völkerrechtlicher und verfassungsrechtlicher Sicht*, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 57 (1997), 329-362.
- *Gewaltverbot und Selbstverteidigungsrecht nach der Satzung der Vereinten Nationen bei staatlicher Verwicklung in Gewaltakte Privater*, Berlin 1995.
- KRIEGER, Heike, *Das Effektivitätsprinzip im Völkerrecht*, Berlin 2000.
- LAPIDOTH, Ruth, *Straits, International (July 2018)*, in: Peters, Anne (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- *Red Sea (April 2007)*, in: Peters, Anne (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- LEMPEL, Jesse, *Why the ICJ Cannot Order Israel to Stop the War in Gaza as a Provisional Measure*, EJIL: Talk! vom 8. Januar 2024, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/why-the-icj-cannot-order-israel-to-stop-the-war-in-gaza-as-a-provisional-measure/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- LERCHE, Clemens, *Militärische Abwehrbefugnisse bei Angriffen auf Handelsschiffe*, Frankfurt am Main u.a. 1993.
- LILLICH, Richard B., *Forcible Protection of Nationals Abroad: The Liberian „Incident“ of 1990*, *German Yearbook of International Law* 35 (1992), 205-223.
- LISENCO, Vladlena/NOWROT, Karsten/SHCHUKINA, Natalia, *Human Rights in Times of Health Emergencies: Legal Reflections on the COVID-19 Pandemic on Both Banks of the Dniester River*, Hamburg 2022.
- LÓPEZ MARTÍN, Ana G., *International Straits – Concepts, Classification and Rules of Passage*, Berlin/Heidelberg 2010.
- LORENZ, Paul D., *Extraterritoriale Selbstverteidigung im unwilligen oder unfähigen Staat*, Berlin 2021.

- LOTT, Alexander/KAWAGISHI, Shin, The Legal Regime of the Strait of Hormuz and Attacks Against Oil Tankers: Law of the Sea and Law on the Use of Force Perspectives, *Ocean Development & International Law* 53 (2022), 123-146.
- LUHMANN, Niklas, Soziale Systeme – Grundriß einer allgemeinen Theorie, 4. Auflage, Frankfurt am Main 1993.
- Soziologie als Theorie sozialer Systeme, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 19 (1967), 615-644.
- MAHMOUDI, Said/RATCOVICH LEOPARDI, Martin, Transit Passage (January 2021), in: Peters, Anne (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- MANEA, Andreea, Too Early To Tell? The (Un)lawfulness of Israeli Attacks: The Case of the Jabalia Refugee Camp, *EJIL: Talk!* vom 4. November 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/too-early-to-tell-the-unlawfulness-of-israeli-attacks-the-case-of-the-jabalia-refugee-camp/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- MERRILLS, John/BRABANDERE, Eric de, *Merrills' International Dispute Settlement*, 7. Auflage, Cambridge 2022.
- MILANOVIC, Marko, Does Israel Have the Right to Defend Itself?, *EJIL: Talk!* vom 14. November 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/does-israel-have-the-right-to-defend-itself/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- NEUHOLD, Hanspeter, *Internationale Konflikte – Verbotene und erlaubte Mittel ihrer Austragung*, Wien/New York 1977.
- NOWROT, Karsten, Steuerungssubjekte und -mechanismen im Internationalen Wirtschaftsrecht, in: Tietje, Christian/Nowrot, Karsten (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, 3. Auflage, Berlin/Boston 2022, 68-128.
- Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht, Berlin 2006.
- NOWROT, Karsten/SCHABACKER, Emily W., The Use of Force to Restore Democracy: International Legal Implications of the ECOWAS Intervention in Sierra Leone, *American University International Law Review* 14 (1998), 321-412.
- OCHOA-RUIZ, Natalia/SALAMANCA-AGUADO, Esther, Exploring the Limits of International Law relating to the Use of Force in Self-Defence, *European Journal of International Law* 16 (2005), 499-524.
- O'CONNELL, Mary Ellen, The Lessons of 9/11 for October 7, *EJIL: Talk!* vom 28. Oktober 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/the-lessons-of-9-11-for-october-7/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- OETER, Stefan, Perils and Pitfalls of Israel's New 'War on Terror', *Verfassungsblog* vom 4. Dezember 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://verfassungsblog.de/perils-and-pitfalls-of-israels-new-war-on-terror/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- O'MEARA, Chris, *Necessity and Proportionality and the Right of Self-Defence in International Law*, Oxford 2021.
- ORAKHELASHVILI, Alexander, *Akehurst's Modern Introduction to International Law*, 8. Auflage, London/New York 2019.
- PEDROZO, Raul, Protecting the Free Flow of Commerce from Houthi Attacks off the Arabian Peninsula, *International Law Studies* 103 (2024), 49-73.
- PETERS, Anne/PETRIG, Anna, *Völkerrecht – Allgemeiner Teil*, 6. Auflage, Zürich/Genf/Heidelberg 2023.
- PEZZANO, Luciano, The Obligation to Prevent Genocide in South Africa v. Israel: Finally a Duty with Global Scope?, *EJIL: Talk!* vom 4. Januar 2024, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/the-obligation-to-prevent-genocide-in-south-africa-v-israel-finally-a-duty-with-global-scope/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- PROELSS, Alexander, Raum und Umwelt im Völkerrecht, in: ders. (Hrsg.), *Völkerrecht*, 9. Auflage, Berlin/Boston 2024, 553-697.
- (Hrsg.), *Convention on the Law of the Sea – A Commentary*, München 2017.
- QANDEEL, Mais, The Obligation to Ensure Respect: A Role for All States to Play in Palestine, *EJIL: Talk!* vom 13. Dezember 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/the-obligation-to-ensure-respect-a-role-for-all-states-to-play-in-palestine/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- RAAB, Dominic, 'Armed Attack' after the *Oil Platforms* Case, *Leiden Journal of International Law* 17 (2004), 719-735.
- RAMSAHYE, Robin, Israel and Gaza in the Heat of the Moment, *Völkerrechtsblog* vom 2. November 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://voelkerrechtsblog.org/de/israel-and-gaza-in-the-heat-of-the-moment/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- RUFFERT, Matthias, Terrorismusbekämpfung zwischen Selbstverteidigung und kollektiver Sicherheit, *Zeitschrift für Rechtspolitik* 35 (2002), 247-252.
- RUYS, Tom, 'Armed Attack' and Article 51 of the UN Charter – Evolutions in Customary Law and Practice, Cambridge 2010.

- SALEM, Nora, Palestine – Israel: Context Matters!, Völkerrechtsblog vom 20. Oktober 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://voelkerrechtsblog.org/de/palestine-israel-context-matters/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- SAROOSHI, Danesh, *The United Nations and the Development of Collective Security – The Delegation by the UN Security Council of its Chapter VII Powers*, Oxford 1999.
- SCHACHTE, William L./BERNHARDT, J. Peter A., *International Straits and Navigational Freedoms*, *Virginia Journal of International Law* 33 (1993), 527-556.
- SCHINDLER, Dietrich, *Die Grenzen des völkerrechtlichen Gewaltverbots*, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht* 26 (1986), 11-47.
- SCHOISWOHL, Michael, *Status and (Human Rights) Obligations of Non-Recognized De Facto Regimes in International Law: The Case of ‘Somaliland’*, Leiden/Boston 2004.
- *De Facto Regimes and Human Rights Obligations – The Twilight Zone of Public International Law?*, *Austrian Review of International and European Law* 6 (2001), 45-90.
- SCHWAGER, Katharina, *Die militärische Intervention im Jemen: Völkerrechtlich legitim oder regionales Phänomen?*, Hamburg 2018.
- SCHWEISFURTH, Theodor, *Völkerrecht*, Tübingen 2006.
- SHARPE, Marina, *Humanitarian Access to Gaza*, EJIL: Talk! vom 20. November 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/humanitarian-access-to-gaza/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- SHAW, Malcolm N., *International Law*, 9. Auflage, Cambridge 2021.
- SIMMA, Bruno/KHAN, Daniel-Erasmus/NOLTE, Georg/PAULUS, Andreas (Hrsg.), *The Charter of the United Nations – A Commentary*, Band 1, 3. Auflage, Oxford 2012.
- (Hrsg.), *The Charter of the United Nations – A Commentary*, Band 2, 3. Auflage, Oxford 2012.
- STAHN, Carsten, “Nicaragua is dead, long live Nicaragua” – *The Right to Self-Defence under Article 51 UN Charter and International Terrorism*, in: Walter, Christian/Vöneky, Silja/Röben, Volker/Schorkopf, Frank (Hrsg.), *Terrorism as a Challenge for National and International Law: Security versus Liberty?*, Berlin/Heidelberg/New York u.a. 2004, 827-877.
- STARSKI, Paulina, *Right to Self-Defense, Attribution and the Non-State Actor*, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 75 (2015), 455-501.
- STEIN, Torsten, *Völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Fragen des Schutzes der deutschen Handelsflotte durch die Bundesmarine*, in: Ipsen, Jörn/Schmidt-Jortzig, Edzard (Hrsg.), *Recht-Staat-Gemeinwohl – Festschrift für Dietrich Rauschning*, Köln/Berlin/Bonn u.a. 2001, 487-500.
- STEIN, Torsten/BUTTLAR, Christian von/KOTZUR, Markus, *Völkerrecht*, 15. Auflage, München 2024.
- STEPHENS, Dale/SKOUSGAARD, Tristan, *Naval Demonstrations and Manoeuvres (May 2009)*, in: Peters, Anne (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- SVICEVIC, Marko, *Strikes Against the Houthis: The Relationship between Resolution 2722 (2024) and the Right of Self-Defense*, *Articles of War* vom 6. Februar 2024, erhältlich im Internet unter: <<https://lieber.westpoint.edu/strikes-against-houthis-relationship-resolution-2722-right-self-defense/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- TALMON, Stefan, *Germany Supports Expansive Interpretation of the Right to Self-Defence Against Attacks by the Houthis on Commercial Shipping in the Red Sea*, GPIL – German Practice in International Law vom 23. Januar 2024, erhältlich im Internet unter: <<https://gpil.jura.uni-bonn.de/2024/01/germany-supports-expansive-interpretation-of-the-right-to-self-defence-against-attacks-by-the-houthis-on-commercial-shipping-in-the-red-sea/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- *The Constitutive versus the Declaratory Theory of Recognition: Tertium non Datur?*, *British Yearbook of International Law* 75 (2004), 101-181.
- TAMS, Christian J., *The Use of Force against Terrorists*, *European Journal of International Law* 20 (2009), 359-397.
- TANAKA, Yoshifumi, *The International Law of the Sea*, 4. Auflage, 2023.
- *The Peaceful Settlement of International Disputes*, Cambridge 2018.
- THIELBÖRGER, Pierre, *Auf die Humanität kommt es an*, beck-aktuell vom 27. Oktober 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://rsw.beck.de/aktuell/daily/magazin/detail/auf-die-humanitaet-kommt-es-an>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- TIETJE, Christian/NOWROT, Karsten, *Militärische Maßnahmen als Reaktion auf den internationalen Terrorismus – Völkerrechtliche Aspekte*, in: Nève, Dorothee de/Dobner, Petra/Göhlert, Stefan/Wolf, Reinhard (Hrsg.), *Terror, Krieg und die Folgen – Perspektiven aus den Wissenschaften*, Frankfurt am Main u.a. 2002, 185-219.

- Völkerrechtliche Aspekte militärischer Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus, *Neue Zeitschrift für Wehrrecht* 44 (2002), 1-18.
- TIGNINO, Mara/KEBEBEW, Tadesse, How does the Classification of Armed Conflict impact the Protection of Freshwater in Gaza?, *EJIL: Talk!* vom 20. November 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/how-does-the-classification-of-armed-conflict-impact-the-protection-of-freshwater-in-gaza/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- TOMUSCHAT, Christian, Der 11. September 2001 und seine rechtlichen Konsequenzen, *Europäische Grundrechte-Zeitschrift* 28 (2001), 535-545.
- TRANSFELD, Mareike, Drei Szenarien zum Jemen-Krieg, *SWP-Aktuell*, Nr. 3, Januar 2022.
- TZIMAS, Themistoklis, Legal Evaluation of the Saudi-Led Intervention in Yemen: Consensual Intervention in Cases of Contested Authority and Fragmented States, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 78 (2018), 147-187.
- ULFSTEIN, Geir, How International Law Restricts the Use of Military Force in Hormuz, *EJIL: Talk!* vom 27. August 2019, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/how-international-law-restricts-the-use-of-military-force-in-hormuz/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- VAN STEENBERGHE, Raphael, A Plea for a Right of Israel to Self-Defence in order to restrict its Military Operations in Gaza: When jus ad bellum comes to the Aid of jus in bello, *EJIL: Talk!* vom 16. November 2023, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/a-plea-for-a-right-of-israel-to-self-defence-in-order-to-restrict-its-military-operations-in-gaza-when-jus-ad-bellum-comes-to-the-aid-of-jus-in-bello/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- VERDROSS, Alfred/SIMMA, Bruno, *Universelles Völkerrecht*, 3. Auflage, Berlin 1984.
- GRAF VITZTHUM, Wolfgang, *Maritimes Aquitorium und Anschlusszone*, in: ders. (Hrsg.), *Handbuch des Seerechts*, München 2006, 63-159.
- WALTER, Christian, Why Germany Should Join Sides with Israel before the ICJ in its Defense against South Africa's Accusation of Genocide, *Verfassungsblog* vom 12. Januar 2024, erhältlich im Internet unter: <<https://verfassungsblog.de/why-germany-should-join-sides-with-israel-before-the-icj-in-its-defense-against-south-africas-accusation-of-genocide/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- WANDSCHER, Christiane, *Internationaler Terrorismus und Selbstverteidigungsrecht*, Berlin 2006.
- WARBRICK, Colin, States and Recognition in International Law, in: Evans, Malcolm D. (Hrsg.), *International Law*, Oxford/New York 2003, 205-267.
- WELLER, Marc, Does the ICJ have the Legal Authority to Pronounce itself on the Right to Self-Defence?, *EJIL: Talk!* vom 10. Januar 2024, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ejiltalk.org/does-the-icj-have-the-legal-authority-to-pronounce-itself-on-the-right-to-self-defence/>> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).
- WITTICH, Stephan, Das Gewaltverbot, in: Reinisch, August (Hrsg.), *Österreichisches Handbuch des Völkerrechts*, Band I, 6. Auflage, Wien 2021, 425-458.
- WOLF, Joachim, *Die Haftung der Staaten für Privatpersonen nach Völkerrecht*, Berlin 1997.
- WOLFRUM, Rüdiger/PHILIPP, Christiane, Die Taliban – ein Subjekt des Völkerrechts?, in: Schorlemer, Sabine von (Hrsg.), *Praxishandbuch UNO – Die Vereinten Nationen im Lichte globaler Herausforderungen*, Berlin/Heidelberg/New York 2003, 145-156.
- ZIMMERMANN, Andreas, *Staatennachfolge in völkerrechtliche Verträge*, Berlin u.a. 2000.
- ZIMMERMANN, Andreas/DEVANEY, James, State Succession in Treaties (July 2019), in: Peters, Anne (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. Februar 2024).

# Rechtswissenschaftliche Beiträge der Hamburger Sozialökonomie

ISSN 2366-0260 (print) / ISSN 2365-4112 (online)

Bislang erschienene Hefte

## Heft 1

*Felix Boor*, Die Yukos-Enteignung. Auswirkungen auf das Anerkennungs- und Vollstreckungssystem aufgehobener ausländischer Handelsschiedssprüche

## Heft 2

*Karsten Nowrot*, Sozialökonomie als disziplinäre Wissenschaft. Alternative Gedanken zur sozialökonomischen Forschung, Lehre und (Eliten-) Bildung

## Heft 3

*Florian Hipp*, Die kommerzielle Verwendung von frei zugänglichen Inhalten im Internet

## Heft 4

*Karsten Nowrot*, Vom steten Streben nach einer immer wieder neuen Weltwirtschaftsordnung. Die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung des Internationalen Wirtschaftsrechts

## Heft 5

*Karsten Nowrot*, Jenseits eines abwehrrechtlichen Ausnahmecharakters. Zur multidimensionalen Rechtswirkung des Widerstandsrechts nach Art. 20 Abs. 4 GG

## Heft 6

*Karsten Nowrot*, Grundstrukturen eines Beratungsverwaltungsrechts

## Heft 7

*Karsten Nowrot*, Environmental Governance as a Subject of Dispute Settlement Mechanisms in Regional Trade Agreements

## Heft 8

*Margaret Thornton*, The Flexible Cyborg: Work-Life Balance in Legal Practice

## Heft 9

*Antonia Fandrich*, Sustainability and Investment Protection Law. A Study on the Meaning of the Term *Investment* within the ICSID Convention

## Heft 10

*Karsten Nowrot*, Of “Plain” Analytical Approaches and “Savior” Perspectives: Measuring the Structural Dialogues between Bilateral Investment Treaties and Investment Chapters in Mega-Regionals

## Heft 11

*Maryna Rabinovych*, The EU Response to the Ukrainian Crisis: Testing the Union’s Comprehensive Approach to Peacebuilding

## Heft 12

*Marita Körner*, Die Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union: Struktur und Ordnungsprinzipien

## Heft 13

*Christin Krusenbaum*, Das deutsche Krankenversicherungssystem auf dem Prüfstand – Ist die Bürgerversicherung die ultimative Alternative?

## Heft 14

*Marita Körner*, Age Discrimination in the Context of Employment

## Heft 15

*Avinash Govindjee/ Judith Brockmann/ Manfred Walser*, Atypical Employment in an International Perspective

## Heft 16

*Cara Paulina Gries*, Gesetzliche Barrieren bei der Integration von geduldeten Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt

## Heft 17

*Karsten Nowrot*, Aiding and Abetting in Theorizing the Increasing Softification of the International Normative Order - A Darker Legacy of Jessup’s *Transnational Law*?

## Heft 18

*Matti Riedlinger*, Das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz: Implementierung von Corporate Social Responsibility Berichtspflichten in nationales Recht

## Heft 19

*Karsten Nowrot*, “Competing Regionalism” vs. “Cooperative Regionalism”: On the Possible Relations between Different Regional Economic Integration Agreements

## Heft 20

*Karsten Nowrot*, The 2017 EU Conflict Minerals Regulation: An Effective European Instrument to Globally Promote Good Raw Materials Governance?



**Heft 21**

*Karsten Nowrot, The Other Side of Rights in the Processes of Constitutionalizing International Investment Law: Addressing Investors' Obligations as a New Regulatory Experiment*

**Heft 22**

*Karsten Nowrot/Emily Sipiorski, Arbitrator Intimidation and the Rule of Law: Aspects of Constitutionalization in International Investment Law*

**Heft 23**

*Karsten Nowrot, European Republicanism in (Legitimation) Action: Public Participation in the Negotiation and Implementation of EU Free Trade Agreements*

**Heft 24**

*Karsten Nowrot, Non-Recognized Territorial Entities in the Post-Soviet Space from the Perspective of WTO Law: Outreach to Outcasts?*

**Heft 25**

*Marita Körner, Beschäftigtendatenschutz im Geltungsbereich der DSGVO*

**Heft 26**

*Vladena Lisenko/Karsten Nowrot, The 2018 Pridnestrovian Law on State Support for Investment Activities: Some Thoughts on an Investment Statute in a Frozen Conflict Situation*

**Heft 27**

*Marita Körner, Die Rolle des Betriebsrats im Beschäftigtendatenschutz*

**Heft 28**

*Nadia Kornioti/Karsten Nowrot, Looking Back to Learn for the Future?: The Work of the ILA on the Issue of Human Rights in Times of Emergency in the 1980s*

**Heft 29**

*Marita Körner, Der Betriebsrat als datenschutzrechtlich verantwortliche Stelle*

**Heft 30**

*Karsten Nowrot/Emily Sipiorski, (De-) Constitutionalization of International Investment Law?: Narratives from Africa*

**Heft 31**

*Felix Boor, Die beschleunigte Landreform Mugabes vor deutschen Gerichten - der „Hamburger Kaffeestreit“*

**Heft 32**

*Karsten Nowrot, Corporate Legal and Social Responsibility as an Issue of International Investment Agreements: A Suitable Role Model for the WTO Legal Order?*

**Heft 33**

*Julius Adler, Der Grundsatz der „Full Protection and Security“ im internationalen Investitionsschutzrecht - Bedeutung in Theorie und Praxis*

**Heft 34**

*Sebastian Barth, Gefangenearbeit: Meilen- oder Stolperstein der Resozialisierung? Eine rechtliche Betrachtung von Gefangenearbeit in Bezug auf das Resozialisierungsziel*

**Heft 35**

*Karsten Nowrot, Das gesellschaftliche Transformationspotential der Sustainable Development Goals: Völkerrechtliche Rahmenbedingungen und außerrechtliche Nachhaltigkeitsvoraussetzungen*

**Heft 36**

*Karsten Nowrot, Illegal Trade in Wild Animals and Derived Products during Armed Conflicts: What Role for International Wildlife Agreements?*

**Heft 37**

*Emily Sipiorski, The Seabed and Scientific Legitimization of International Law: Transforming Narratives of Global Justice*

**Heft 38**

*Matti Riedlinger, Mitwirkung des Betriebsrats im Insolvenzplanverfahren*

**Heft 39**

*Karsten Nowrot, „Long Live Deglobalization“ vs. „Free Trade Saves Lives“: Die Rolle des Internationalen Wirtschaftsrechts in Zeiten der Corona-Krise*

**Heft 40**

*Emily Sipiorski, Cocoa and International Law: Some Remarks on the Contradictions and Symmetry in the Role of Private Actors in Elevating and Unifying Standards*

**Heft 41**

*Karsten Nowrot, Vertragskonkurrenz zwischen Menschenrechtsverträgen und Wirtschaftsabkommen in der internationalen Rechtsordnung: Überlegungen zu einem aktuellen völkervertragsrechtlichen Hierarchisierungskonzept*

**Heft 42**

*Felix Boor*, Das Vertragsverletzungsverfahren gegen das ungarische Hochschulgesetz und seine Auswirkungen auf die Internationalisierung des Europäischen Verwaltungsrechts

**Heft 43**

*Kerrin Kobes*, Selbstbestimmung am Lebensende - Eröffnete das BVerfG die Tür einer Suizidassistenten für psychisch Erkrankte?

**Heft 44**

*Laura Kristin Hass*, Infektionsschutzgesetz: Verhältnismäßigkeit von Grundrechtseinschränkungen am Beispiel von Kontaktbeschränkungen  
*Fulya Zeiml*, Die Verfassungsmäßigkeit von Ausgangssperren anlässlich der Corona-Pandemie

**Heft 45**

*Ferdinand Schönberg*, Sanktionen im Sozialrecht: Änderungsvorschlag zur Vereinbarkeit mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums

**Heft 46**

*Kristina Hellwig/Karsten Nowrot*, Towards Investors' Responsibilities in International Investment Agreements – A Path for China?

**Heft 47**

*Kai-Oliver Knops*, Whatever it takes? - Zur (Un-) Wirksamkeit der Umlage von sog. "Negativzinsen" auf Kreditinstitute und deren Kunden im EURO-Raum

**Heft 48**

*Joana Kimmich*, Die Corona-Pandemie als Stunde der Exekutive – Verfassungsrechtliche Überprüfung der Impfpriorisierung

**Heft 49**

*Laura Hass*, Nachhaltiges Lieferkettenmanagement multinationaler Unternehmen in der Textilindustrie

**Heft 50**

*Karsten Nowrot*, Der Menschenwürde Werk und des Republikprinzips Beitrag - Gedanken und Anmerkungen zu Verbindungslinien zwischen zwei Konstitutionsprinzipien und ihren normativen Prägeeffekten auf das Verständnis der Grundrechte des Grundgesetzes

**Heft 51**

*Vladlena Lisenco/Karsten Nowrot/Natalia Shchukina*, Human Rights in Times of Health Emergencies: Legal Reflections on the COVID-19 Pandemic on Both Banks of the Dniester River

**Heft 52**

*Karsten Nowrot*, Die Europäische Union und der Krieg in der Ukraine – Eine wirtschaftsrechtliche Betrachtung

**Heft 53**

*Karsten Nowrot*, Klimaschutz und Bahnhofswald, Verfassungsrecht und rechtfertigender Notstand im Strafrecht – Gedanken und Anmerkungen zu einem überraschenden Urteil aus Flensburg

**Heft 54**

*Karsten Nowrot*, Post-Award Remedies in International Investment Arbitration: The Examples of Requests for Correction and Rectification as well as for Additional Awards or Supplementary Decisions

**Heft 55**

*Karsten Nowrot*, Völkerrechtliche Herausforderungen im Zusammenhang mit einer Verhandlungslösung im Ukraine-Konflikt

**Heft 56**

*Karsten Nowrot*, Aller notwendigen Dinge sind drei? Entwicklung und aktuelle Herausforderungen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union

**Heft 57**

*Karsten Nowrot*, Fostering the Status of Asia's Sovereign Wealth Funds as Responsible Foreign Investors – The Progressive Development of International Legal Personality as a 'Silver Bullet'?

**Heft 58**

*Karsten Nowrot*, „Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“: Konzeptionelle Überlegungen zum verfassungsrechtlichen Grundstatus der Abgeordneten des Deutschen Bundestages gemäß Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG

**Heft 59**

*Karsten Nowrot*, Die OSZE und ihr Vergleichs- und Schiedsgerichtshof als potentielle Friedensermöglichungsakteure – Eine „schlafende“ Konfliktbeendigungsoption für den Ukraine-Krieg?